INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 133

7. Februar 1991

Seit dem 15.1. haben rund 10.000 ZDLs für mindestens 1 Tag die Arbeit niedergelegt.(Selbstorga

Hallo
Diesmal sind endlich mehrere inhaltlich interessante Papiere gegen den Golfkrieg eingetroffen. Sowohl die analytische wie auch die kritische Variante sind ausgiebig vorhanden. Die selbstkritische Variante ist aber dabei noch etwas zu kurz gekommen. Also forscht in euren eigenen Zusammenhängen mal nach, was eigentlich los ist mit der autonomen Anti-Kriegs-Bewegung.
Das Papier vom Bremer "Revolutionären Antirassistischen-Plenum" verläßt endlich die Ebene vom innerimperialistischen Konkurrenzgerangel und der Ölgier, und konzentriert sich auf die sozialen Bewegungen des Nahen Ostens als wesentliche Herausforderung für den Imperialismus.
Die kritische Distanz zur Friedensbewegung ist in mehreren Papieren das Hauptanliegen. Dies ist notwendig, zumal sich wieder die Sozialdemokraten als Friedensfreunde aufführen. Dies ist natürlich ein Warnsignal für uns alle! Aber Warnung schützt vor Torheit nicht, so sind unsere eh spärlichen Beiträge zur Anti-Kriegs-Bewegung nicht unbedingt durchdachte klar ausgewiesene revolutionäre Aktionen. Das Anhängen an die Rüstungs-Export-Kampagne wird kaum anders thematisiert als es die allgemeine moralische Empörung bis hin zur CDU ausdrückt. Oder die unreflektierte Übernahme der Nahost-Friedens-Konferenz-Forderung in mehreren Aufrufen und Flugis ruft Bauchschmerzen hervor. Was unsere GegnerInnen fordern war für uns oder die Nahost-Völker noch nie gut! So können wir in der Friedensbewegung nix polarisieren, und kommen zu keiner eigenen politischen Linie. Von daher ist die Kritik an der Friedensbewegung, so notwendig sie auch ist, wohl eher das Ablenken von der eigenen Schwäche.
Ansonsten setzen wir unsere Bildungsreihe zur Geschichte des Nahen Ostens fort mit einem Beitrag über Kuwait, den wir aus "Tatblatt" (Wien) geklaut haben.
Mit Berichten von Aktionen gegen den GolfKrieg aus In- und Ausland schließen wir unseren ausgiebigen Anti-Kriegs-Teil ab.
Danach folgen noch Papers zur Hafenstraße, Hausbesetzungen in Euskadi und Stadtteilorganiseirung in Barcelona.
In den Ordner mußten wir auch diesmal wieder einiges ablegen, da die Papiere zu alt sind, oder die inhaltliche Aussagekraft überholt ist. Dies ging uns besonders mit einem Kritikpapier von der Gruppe "Spartakus" so, die uns nochmal ihre "Verteidigt den Irak"-Position nahe bringen wollte. Genosse Frank es hat keinen Sinn! Und warum seid ihr eigentlich noch nicht im Irak zum Verteidigen? Auch der Redebeitrag zum Auto-Korso schien uns nichts neues zu sagen. Ansonsten ist noch folgendes dort zu finden:

-Spartakus-papier
-Medienpapier
-AEG
-Auszug aus P.M.
-Die Technik der Zerstörung
-Rundschreiben der Radikalen Linken
-Hafenstr. Urteil
-Redebeitrag Auto-Korso
-Verbraucher Initiative
-Flugis aus HH

Vielleicht ist ja wieder etwas für die PROWO dabei, muß ja nicht immer gleich der Leitartikel sein!

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhaltsverzeichnis:

Warum diesen Krieg?

US-Präsident Bush beantwortet diese Frage recht deutlich..."Vor uns liegt die Chance, für uns und für zukünftige Generationen eine neue Weltordnung zu formen, eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes und nicht die Herrschaft des Dschungels das Verhalten von Nationen leitet." und wie er weiter ausführt, indem er einen U.S. Feldwebel zitiert:. "Wir stehen hier für mehr als nur den Preis einer Gallone Benzin. Was wir tun, ist die Zukunft der Welt für die nächsten 100 Jahre zu gestalten."
Während die Zensur anfänglich nur jene Berichte durchließ, nach denen mit supermodernen Waffen nur militärstrategische Ziele angegriffen wurden, kam nach Tagen heraus, daß auch immer mehr Flächenvernichtungswaffen, Bombenteppiche von B-52 Bombern (bekannt von den Vietnam-Massakern), Splitter- und Brandbomben eingesetzt werden. Mitlerweile steht fest: Bagdad liegt, bis auf das Geschäfts- und Prunkviertel in Schutt und Asche; besonders die Wohnviertel der Armen an den Stadträndern sind schlichtweg vernichtet worden; Basra ist zum größten Teil ausradiert. Von der Türkei aus werden Nato-Angriffe auf kurdische Dörfer geflogen. Angesichts der Flächenbombadierung sind diese sogenannten zivilen Opfer nicht nur "Nebenprodukt" des Krieges, die beim militärischen Schlagabtausch zwischen die Fronten geraten. Bei derart eingesetzten Massenvernichtungswaffen ist das Massensterben kein Zufall mehr. Es deutet sich sogar an, daß das eigentliche Kriegsziel garnicht die Rückeroberung Kuwaits ist, die nur als Vorwand dient, sondern die Massenvernichtung der arabischen Bevölkerung; wie sonst sind die Flächenbombardements der Wohnviertel, der kurdische Dörfer zu erklären?!
Vor 10 Jahren begann der irakisch-iranische Krieg, den der vom Westen unterstützte Irak begann. In beiden Staaten entwickelte sich der Krieg mehr und mehr zu einem Krieg gegen die eigene Bevölkerung, mit der Funktion, die innere Opposition unterdrücken zu können und die unruhige Jugend an der Front zu verheizen. Über 1 Millionen Menschen wurden abgeschlachtet. 1988 bombardierte die irakische Regierung kurdische Dörfer mit Giftgas, 240.000 Menschen starben. Die Weltöffentlichkeit ignorierte dies weitgehend.

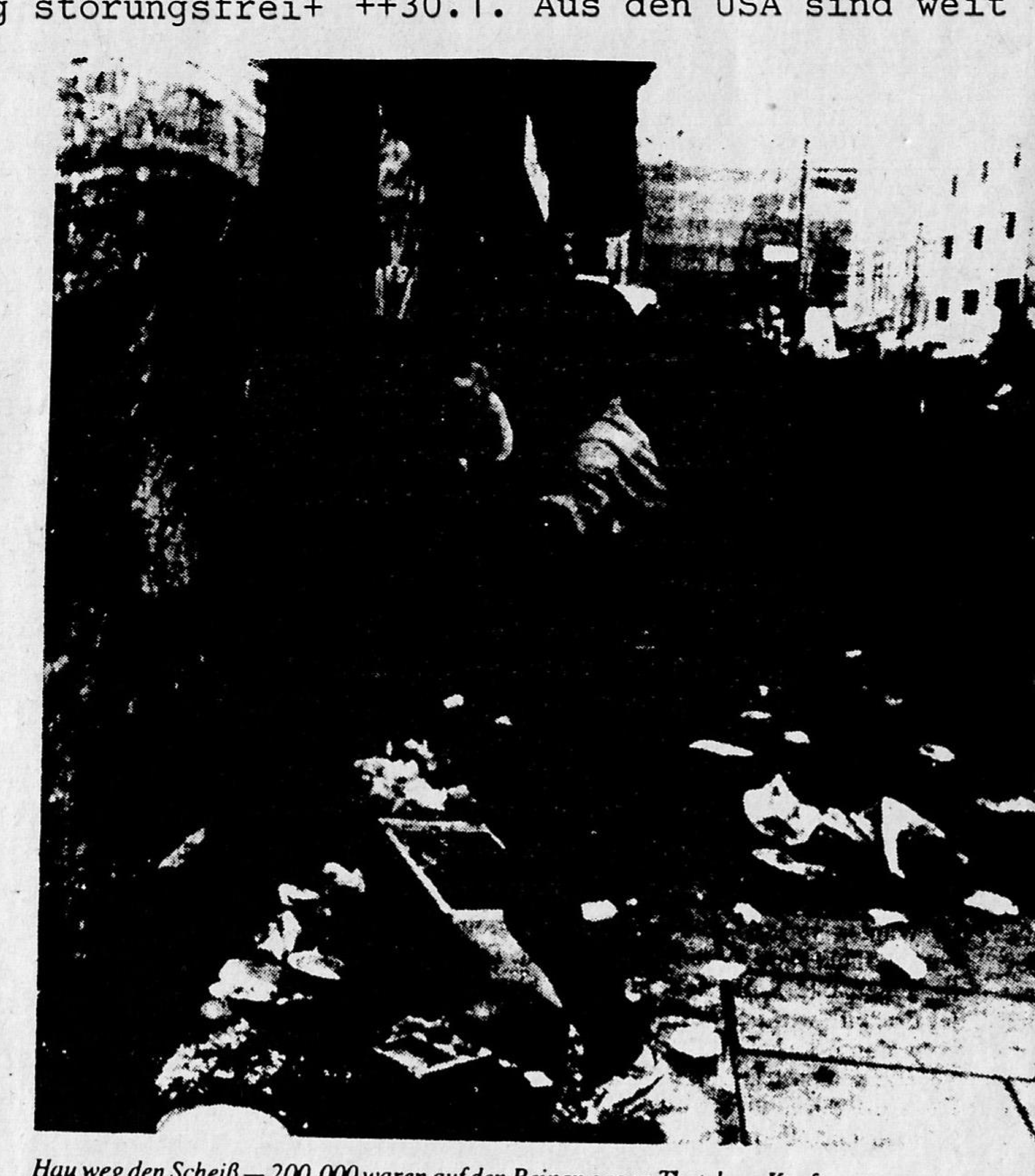
Warum also Krieg, worum geht es wirklich?

Alles spricht dafür, daß die Yankees von dem geplanten Angriff auf Kuwait wußten. Die USA war im Voraus durch ihre Botschafterin über die Invasion informiert und hat dem Irak sogar ihre Neutralität zugesichert. Also abgesehen davon, daß Hussein ein blutiger Schlächter ist, wurde er zu einer Schachfigur im weltweiten Spiel der Herrschenden. Er wurde zum Auslöser eines weiteren Krieges gemacht, der schon seit über 10 Jahren mal mehr, mal weniger offen läuft: dem Krieg gegen die arabischen Massen, gegen die Völker, Unterschichten, die Menschen, die Klasse, wie auch immer wir sie nennen wollen.
Um gute oder schlechte Führer, um natürliche oder künstliche Grenzen geht es nicht wirklich; das ist nur die politische Ebene eines viel tiefer liegenden Widerspruchs: Dort gibt es das ÖL, das sich die Herrschenden quasi gratis einverleiben, damit schmieren sie die Maschinerie des Weltkapitalismus, mit den Einnahmen füttern sie die Weltfinanzmärkte. Jetzt, wo sich die Krise der US-Haushaltsschulden auf über 1 Billion $ zugespitzt hat, der Osten saniert werden muß, ist der Bedarf an solchen Naturwerten riesenhaft.
Doch da sind noch die Menschen, die dort leben, die leben wollen und auch um ihr Überleben kämpfen in Kurdistan, Palästina, Algerien und Marrokko. Überall dort fanden in den letzten Monaten Aufstände gegen die Ausbeutung, gegen Hunger und Herrschaft statt. Denen will und kann das Kapital aber nix abgeben, weil sie selber für ihre Scheißprojekte die Knete brauchen. Deshalb gilt dieser Krieg vor allem den Menschen. Das Kriegsziel ist Töten: der Massenmord. Wenn Hussein die Kurden vergast, die Yankees heute die Armenviertel von Bagdad bombadieren und die Israelis seit 15 Jahren die Palästinenser in Lager zusammenpferchen, um diese dann zu bombadieren oder auszuhungern; dann haben sie genau jenes Ziel gemeinsam und unterscheiden sich in nichst voneinander. Die Frage nach "Wer ist denn nun der Gute, wer ist der Böse?" greift deshalb viel zu kurz. Es ist ein Krieg der Herrschenden gegen die 'Beherrschten', gegen jene, die leben wollen, die für das Kapital aber nur ein Kostenfaktor sind, der "gekürzt" werden muß. Deshab gehört unsere Solidarität ganz den Menschen, den Geknechteten, den Frauen, Kindern, Jugendlichen, ArbeiterInnen und Bauern und nicht einem dieser Herrscher, Politiker, Führer oder Kirchenknechte.

Warnstreiks nichts bekannt. Der Dienst laufe völlig störungsfrei+ ++30.1. Aus den USA sind weit

Und was ist der Krieg noch?

Bush nennt es "Neuordnung"; was heißt das? Es begann mit den Massenauswanderungen von 2-3 Millionen WanderarbeiterInnen, die bei Krisenbeginn zurück nach Korea, Tunesien, Ägypten, Sri Lanka oder Pakistan getrieben wurden. Das waren Millionen von Menschen, die bis dahin in Arbeitslagern untergebracht waren, in der Wüste dahinvegitierten, reine 'Arbeitsaffen' mit niedrigen Löhnen. Aber unter ihnen gärte es; immer häufiger streikten sie während der letzten 2 Jahre, forderten für sich bessere Lebensbedingungen. Allein in Kuwait lebten nur ca. 649.000 Kuwaitis (alle reich) und 3 1/2 Millionen "GastarbeiterInnen" (alle arm). Diese soziale Ungerechtigkeit hätte jederzeit explodieren können, ähnlich wie sie sich in den sogenannten Brotunruhen überall in Nordafrika Luft gemacht haben seit 15 Jahren.



Hau weg den Scheiß — 200.000 waren auf den Beinen gegen Thatchers Kopfsteuer

In der Südosttürkei, im Iran und im Irak kämpfen seit Jahren die Kurden gegen ihre Unterdrücker. Jetzt werden sie durch den Krieg massenhaft zur Flucht gezwungen; sämtliche türkisch-kurdische Dörfer und Städte sind halb entvölkert. In der Türkei und im Irak werden die BewohnerInnen durch Bombenangriffe zur Flucht gezwungen. Auf beiden Seiten der Grenze führen Türkei und Nato Krieg gegen die AnwohnerInnen und nicht einfach nur gegen ein anderes Land. Hunderttausende fliehen wegen des Krieges in alle Himmelsrichtungen; für fast 1 Million Flüchtlinge richtet die UNO derzeit Auffanglager ein. Dort werden die Menschen unter internationaler Aufsicht langsam weitersterben. Nach diesem Krieg werden die Dörfer und Städte zerstört sein, die Lebenszusammenhänge von heute sind nicht mehr vorhanden. Die Menschen sind dann tot, verletzt, vertrieben, entkräftet, mutlos gemacht und gebrochen. Auf der anderen Seite züchtet der Krieg Disziplin und Leidensfähigkeit. Der Krieg ist ein riesiger Quirl, der das soziale Ge-füge völlig aufmischt. Wenn die Region entvölkert, ökologisch zerstört und wirtschaftlich in die Knie gezwungen ist, kündigt Bundeskanzler Kohl an, kommt der Wiederaufbau; der "Marshal-Plan für den Nahen Osten". Der "Marshal-Plan" beinhaltet unter anderem ein <u>'Sicherheitspaket'</u>, sowie die Stellung Israels im Nahen Osten weiter auszubauen. Israel soll als Frontstaat für die Kapitalstrategen dienen und somit die Grundlage dafür sein, eine Lösung über die Köpfe der arabischen Massen hinweg zu installieren. Israel wird dann die Polizei des Nahen Osten. Außerdem setzt das Kapital auf die vorausgegangene Zerstörung, um die Region nach seinen Plänen wiederaufzubauen. Ein neues gesellschaftliches Gefüge wird installiert, das den Anforderungen nach Kontrolle und Ausbeutung besser entspricht. Eine neue Schicht von Arbeitskräften, die an die Stelle der getöteten Männer und Frauen treten, wird in den neuen Fabriken ausgebeutet werden. Die heute widerspenstige Jugend wird es kaum noch geben. Es wird "modern" werden in dem Sinne, wie es den Herrschenden paßt. Dem Krieg folgt laut Bush <u>"die Herrschaft der Gesetze"</u> : des Gesetzes der Gewinner, der Macht und des Geldes; für Siemens, Tiefbau u.a. ist dies die Zeit des großen Investierens. Der Weg zu einer modernen profitorientierten Gesellschaft führt unmittelbar über das Massensterben auf den Schlachtfeldern.

Deshalb gibt es nur eine Antwort auf den Krieg:

Nicht Bush nicht Hussein gehört unsere Solidarität, sie gehört ausschließlich den Menschen!
Nicht Krieg, nicht Frieden, sondern soziale Revolution!!

ere 2.000 medizinische Fachkräfte in die BRD geflogen worden. Die USA-Militärhospitals in der BRD

Auslöser des Golfkriegs!

Wir wollen hier kurz ein paar Punkte nennen, die mit zu den Auslösern des Golfkriegs gehören. Die Probleme, die jetzt im Nahen Osten herrschen, sind durch die koloniale Politik der europäischen Großmächte zu Anfang dieses Jahrhunderts entstanden. Grenzen wurden z.B. so gezogen wie sie den wirtschaftlichem und strategischen Interesse der Kolonialmächte entsprachen, ohne Berücksichtigung der dort lebenden Menschen. Viele Vertreter von Regierungen im Nahen Osten wurden nicht durch die Massen legitimiert, sondern durch die Kräfte, die ein wirtschaftliches Interesse daran haben. Da diese Legitimation aber längerfristig notwendig ist, können die selbsternannten Herrscher, wie Assad in Syrien oder König Fahd in Saudi-Arabien oder die Emire von Kuwait oder eben Saddam Hussein im Irak, nicht länger überleben. Um dieses Überleben aber zu verkürzen oder zu verlängern, sind nicht die kolonialen Mächte (U$A, Frankreich, Groß-Britannien, Brd, u.a.) gefragt, sondern die Menschen, die um ihr Selbstbestimmungsrecht kämpfen, wie die PalästinenserInnen, KurdInnen oder die anderen fortschrittlichen Kräfte in der arabischen Region. Eine Lösung kann es nur geben, wenn arabische Lösungen akzeptiert und auch gestärkt werden, z.B. die Forderung der PLO nach einem eigenen Staat, oder die Forderung der nicht erdölfördernden, arabischen Länder nach einer Umverteilung des Reichtums auf alle Menschen der Region und nicht nur innerhalb der selbsternannten Führungscliquen. Diese Forderungen werden von den U$A, Nato und UNO natürlich nicht anerkannt. Es geht ihnen, wie Bush sich in der Rede an die amerikanische Nation kurz nach dem militärischen Angriff auf den Irak ausdrückt, um die. "Chance, für uns und für zukünftige Generationen eine neue Weltordnung zu formen, eine Welt, in der die Herrschaft des Gesetzes und nicht die Herrschaft des Dschungels das Verhalten von Nationen leitet." und wie er weiter ausführt, indem er einen U.S. Feldwebel zitiert:. "Wir stehen hier für mehr als nur den Preis einer Gallone Benzin. Was wir tun, ist die Zukunft der Welt für die nächsten 100 Jahre zu gestalten."

Wir denken, das reicht um zu verdeutlichen, wohin dieser Krieg führen soll. Es geht nicht darum, eine jahrelang von ihnen unterstützte Diktatur zu vertreiben, sondern eine 'Neuordnung' im Sinne des Kolonialismus zu Anfang diesen Jahrhunderts voranzutreiben. Die Völker werden zu Rohstofflieferanten und für die Wachstumssteigerung des Westens ausgebeutet. 'Der Dschungel' sind die ausgebeuteten Völker, die nicht selbstbestimmt, sondern nur nach den Gesetzen des Westens leben dürfen. Bevor das offen militärische Vorgehen wie im Golfkrieg stattfindet, werden oft Kriege auf niedriger Intensität geführt; entweder durch gezielte Sabotage oder/und durch wirtschaftliche Sanktionen. Die Sanktionen richten sich ausschließlich gegen die unteren Schichten der Bevölkerung, denn ein Herrscher wie Saddam wird dadurch nicht hungern müssen. Das 'Ausbluten' wird danach, nachdem diese Sanktionspolitik wenig Wirkung gezeigt hat, ersetzt durch den Einsatz von Bomben und Raketen, den wiederum die ärmsten Schichten der Bevölkerung am stärksten zu spüren bekommt. (Auch wenn uns die US-Propaganda weißmachen will, daß dies nicht der Fall ist.) Dies ist die Logik der westlichen Industriegesellschaften, um möglichst schnell Wirkung auf mißliebige Regierungen und deren Einlenken zu erreichen.



haben ihre Bettenkapazitäten massiv verstärkt. Angebote der Bundeswehr und deutscher Zivilkrank

Diese Arroganz der westlichen Staaten gegenüber den Völker im Nahen Osten und deren permanente Ausbeutung wird nochmals unterstrichen durch den wirtschaftlichen Boom an den Börsen nach dem Kriegsausbruch. Wenn das Sterben der Menschen beginnt, antwortet die Dotierung der Börsen mit einem "Höhenflug der Aktienkurse". Als Hauptgrund wird "offenbar der erfolgreiche erste Schlag der allierten Streitkräfte" (Weserkurier) angegeben. Die Euphorie an der Börse, bei der die Kurse, besonders der Kriegswaffenproduzenten, wie AEG, Siemens, Mercedes, u.a., anziehen, ist nur deshalb zu vermelden, weil die Aufträge für High-Tech-Waffen voraussichtlich ansteigen werden. Die verbrauchten Raketen, Flugzeuge und Munitionen müssen wieder nachproduziert werden. Damit entlarvt sich die nach 'Gesetzen' funktionierende Gesellschaft (siehe Zitat Bush) als Kriegstreiberin, da sie dadurch verdient und maßlose Gewinne einstreicht. Und diese Daten werden den Kriegsverlauf bestimmen.

Deshalb möchten wir auch die Konzentration vieler Leute von den militärischen Ausführern des direkten Krieges auf die indirekten Kriegstreiber hier im Land lenken. Sie, die indirekten Kriegstreiber, sind die direkten Gewinner an einem Krieg. Sie produzieren die benötigten Rüstungsprodukte und verkaufen sie im Krisenfall schneller und vermehrter, und sie sichern sich dadurch die Aktiengewinne von Tokio bis Frankfurt und von London nach New York.

Dieser Krieg besteht nicht nur aus Kriegsschauplätzen, die über cnn (amerikanischer Nachrichtensender) 'live' ausgestrahlt werden, sondern gliedert sich in verschiedene Bereiche. Zwei haben wir schon genannt: den wirtschaftlichen, mit Gewinnen an den Börsen, und die Sanktionspolitik der UN-Resolutionen, die die Bevölkerung trifft; sowie die direkte militärische Komponente. Als drittes wollen wir noch auf die Diffamierung und Zerschlagung des 'inneren Feindes' eingehen.

Diese Art von Kriegsführung bekamen wir, im Gegensatz zu den hier lebenden AusländerInnen (siehe auch Kasten am Schluß), bisher nicht so stark zu spüren.

Bei einem direkten Eingriff der Nato in den Golfkrieg gibt es schon fertige Pläne in den Schubladen der Herrschenden, um den Widerstand für eine Anti-Kriegs-Politik nicht praktisch werden zu lassen. Es sind weitgehende Beschränkungen des öffentlichen Lebens geplant. Durch das "Hanseatische Heimatschutzregiment", das jetzt durch den Geschäftsführer des Bremer Arbeitgeberverbandes und Mitglied der Bürgerschaft für die CDU befehligt wird, können nach Inkrafttreten der Notstandsgesetze Kreuzungen, Bahnhöfe und Behörden besetzt werden. Frauen, Zivis, 'Untaugliche' und Totalverweigerer können dann für Verwaltung, Lazarettdienste oder Fabrikarbeit zwangsrekrutiert werden. Private Telefonleitungen können stillgelegt werden. In den anderen Natoländern wie GB, USA, Frankreich und der Türkei sind die Ausnahmefälle schon vollzogen. In der Türkei werden Oppositionelle in noch größerem Ausmaß verfolgt, Fernsehen und Zeitungen sind staatlich kontrolliert. In England sind öffentliche Gebäude, wichtige Punkte militärisch besetzt und in Frankreich zielt der staatliche Terror auf die arabischen Viertel ab. Dies sind nur wenige Ausschnitte der staatlichen Repression im Kriegsfall.

Durch solch eine Politik soll das Klima gegen AusländerInnen und KriegsgegnerInnen angeheizt werden. Besonders deutlich wird auch an der deutschen Geschichte, daß Minderheiten gerne von den Herrschenden benutzt werden, um ein repressives Klima auf die gesamte Bevölkerung zu übertragen. Wenn in Frankreich arabische Viertel besetzt werden und in der BRD die hierwohnenden PalistinänserInnnen und LibanesInnen polizeiliche Vorladungen bekommen und mit Hausdurchsuchungen bedroht sind, IrakerInnen in der ehemaligen DDR als "TerroristInnen" diffamiert werden, ist dies ein Ausdruck, die Bevölkerung verstärkt einzustimmen auf die noch zu erwartenden Übergriffe auf AusländerInnen, KriegsgegnerInnen und auch auf anderen Gruppierungen. Staatlich geförderter Rassismus und Haß gegen AusländerInnen werden sich in dem Maße verschärfen, wie die ausländischen Menschen sich gegen die Machtinteressen der Kriegstreiber wenden.



Rassismus hat Methode!!!

Rassismus hat genauso wie Sexismus eine lange Geschichte. Er ist fest verankert und findet daher in Krisen- und Kriegszeiten immer einen Nährboden. Weiße, die ihre Existenz hier mehr und mehr bedroht sehen, haben über Rassismus - und Männer zusätzlich über Sexismus - die Möglichkeit nach unten zu treten und ihre eigene frustrierende Situation dadurch aufzuwerten. Für die Herrschenden ist es daher ein leichtes, Rassismus und Sexismus über Medien und staatliche Maßnahmen für ihre Interessen zu benutzen.
In den USA und ganz Europa hat sich in den letzten Jahren die rassistische und sexistische Hetze und Repression stark zugespitzt. Mit welcher Härte, welchen Mitteln und welcher Intention ist teilweise von Staat zu Staat und von Gesellschaft zu Gesellschaft unterschiedlich. Gemeinsam ist ihnen, daß bestimmte Feindbilder aufgebaut werden, ein allgemein repressives Klima hergestellt wird, daß auch auf andere Gruppierungen, die Widerstand leisten übertragen werden kann, und das Solidaritätsbewegungen schon im Keim ersticken soll.Bevor wir zu den Beispielen kommen, was an rassistischer Repression z. Zt. so läuft, noch eins:
Vor Kriegsbeginn wurden z. B. in der BRD (trifft weitgehend auch auf die anderen europäischen Länder zu) über das neue AusländerInnengesetz, verschärfte Asylpolitik und die Abschaffung des "Kurdenerlasses" (z. B. in Bremen) die Weichen für eine neue Flüchtlingspolitik gestellt, die Teil der globalen Neuordnung ist.
Durch das neue AusländerInnengesetz wurden AusländerInnen völlig entrechtet. Sozialhilfe zu beziehen, "ungenügender" Wohnraum, politische Meinungsäußerungen usw. können zur Abschiebung führen. Das neu geregelte Aufenthaltsrecht und die Visumspflicht bedeutet, daß ausländische Arbeitskräfte noch mehr als bisher, je nach Bedarf reingelassen und rausgeschmissen werden können.
Die Abschaffung des "Kurdenerlasses" bedeutet für Kurdinnen, daß sie kaum noch die Möglichkeit haben in die BRD zu fliehen und dort auch als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Und das wurde bezeichnenderweise noch schnell vor Kriegsausbruch beschlossen. Wobei natürlich klar war, daß die Türkei diesen Krieg dazu benützen würde den türkischen Teil Kurdistans weiter zu entvölkern, um ihre ökonomischen Interessen dort durchsetzen zu können.

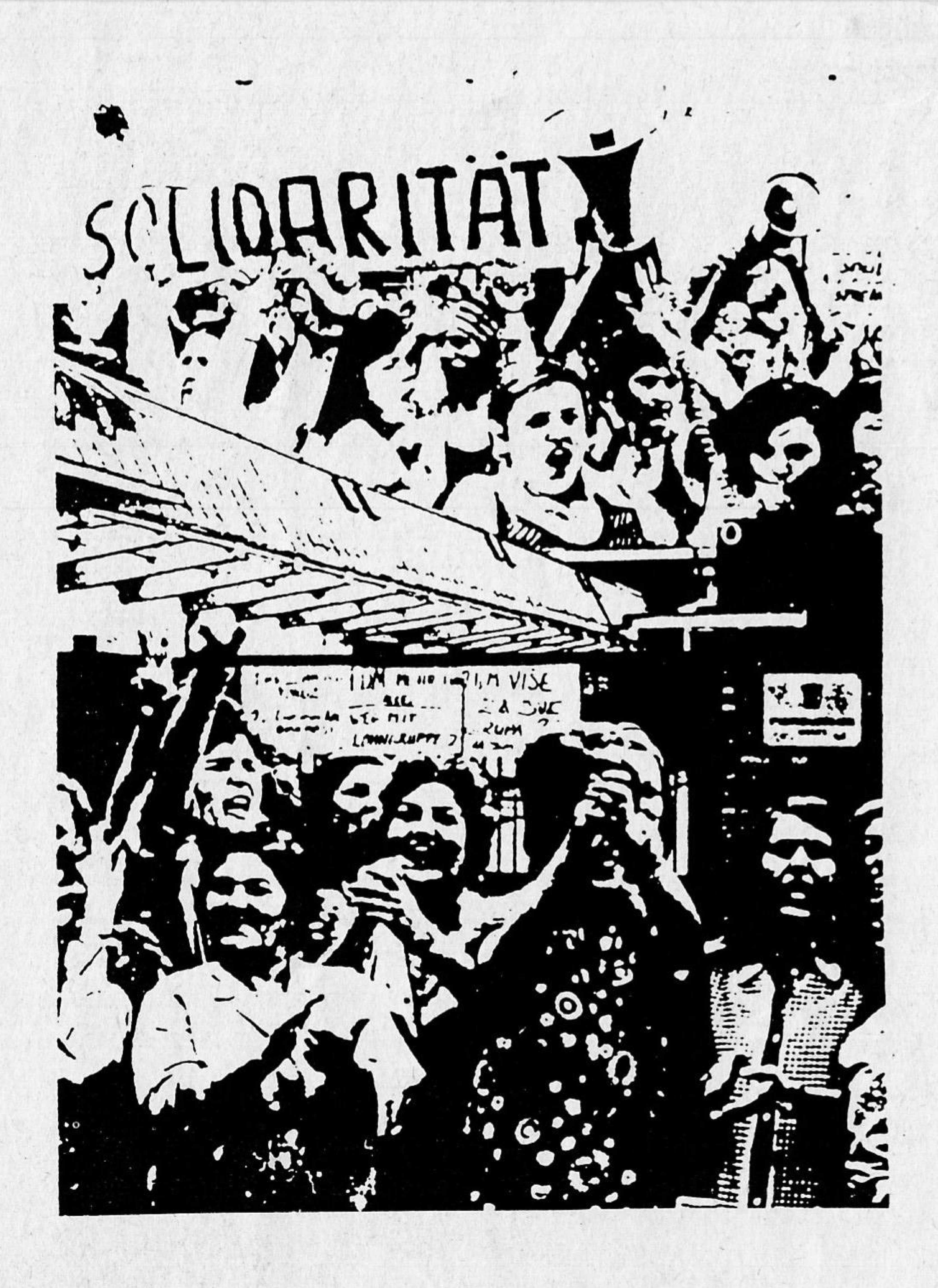
Die Situation der hier lebenden türkischen und kurdischen Männer ist die, das sie schon seit Monaten ihre Einberufung zum Militär in der Türkei bekommen. Die Türken können sich dem eventuell noch entziehen, über die Gesetzesgrundlage dafür wird noch diskutiert. Aber für die Kurden würde eine Verweigerung des Militärdienstes sofortige Abschiebung bedeuten.
Neben den KurdInnen sind auch die in der BRD lebenden PalästinenserInnen, IrakerInnen und LibanesInnen direkt durch den Krieg von einer verstärkten rassistischen Repression betroffen. Als mögliche TrägerInnen einer Solidaritätsbewegung gegen die Vernichtung der verarmten, arabischen Menschen, werden sie vorbeugend durch ZeugInnenvorladungen, "Schutzhaft" und Hausdurchsuchungen kriminalisiert. Bremens Innensenator Sakuth reagierte auch prompt: PalästinenserInnen erhielten Vorladungen zur Polizei. Es gibt zwar bisher noch keine Tat, aber die 'TäterInnen' werden schon mal präsentiert.



vilbevölkerung verteilt. Die besetzten Gebiete werden ausgespart+++Die Verteilung von Gasmasken

In **England** sind in den letzten Wochen über 150 AraberInnen deportiert worden. Es finden Masseneinknastungen von Menschen aus dem arabischen Raum statt, die dann in im Süden Englands eingerichteten Lagern interniert werden.

Nahöstlich aussehenden Frauen wird durch öffentliche Aufrufe, geraten, wegen zunehmender rassistischer Angriffe besser nicht auf die Strasse zu gehen. Das ist eine eindeutige Aufforderung an RassistInnen und Sexisten - die mit Sicherheit nicht vor der Haustür haltmachen werden - sie anzugreifen. Es geht darum, die Power der Frauen, die sie haben, wenn sie gemeinsam auf die Straße gehen, im Keim zu ersticken. Und sie gleichzeitig durch weitere Isolierung den Nazis und RassistInnen, auszuliefern und als Feindbild "anzubieten", die schon länger Menschen in den asiatischen Communities angreifen.



In England sind Flughäfen, Parlamentsgebäude und Verkehrsknotenpunkte der Underground Stations vom Militär besetzt und kontrolliert. Und dieser Ausnahmezustand, den sie jetzt mit "möglichen Terrorangriffen von AraberInnen" begründen, wird sich schnell auf alles, was sie als 'oppositionell' bezeichnen, beziehen.

In den **USA** stehen AraberInnen unter besonderer Beobachtung des FBI. Bei dem geringsten Verdacht, SympathisantInnen der PLO oder des Iraks zu sein, können sie verhaftet werden. Sie werden systematisch vom FBI aufgesucht und verhört. Die amerikanische Fluggesellschaft Pan Am hat sich geweigert,irakische Männer und Frauen überhaupt zu transportieren. Schwarze Moslems wurden aufgefordert immer ihre Geburtsurkunde bei sich zu tragen, damit sie beweisen können, daß sie die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen und nicht arabischer Nationalität sind. Die USA sitzt aufgrund der zunehmenden Verelendung der Schwarzen in den Ghettos, den sozial Entrechteten und der 'native americans' in den Reservaten eh auf einem Pulverfaß, und sie wissen, daß der kleinste Aufstandsfunke dieses zur Explosion bringen kann.

In **Frankreich** sind die arabischen und nordafrikanischen ImmigrantInnenghettos von der Polizei militärisch besetzt, da sie davon ausgehen können, daß diese nicht tatenlos zusehen werden, wie arabische verarmte Massen eingemacht werden.

Im Süden Frankreichs und auf Korsika werden die ImmigrantInnen von rechten Nationalisten bedroht und hunderte dort lebende nordafrikanische Familien haben aus Angst vor Progromen das Land verlassen. Allein aus Nizza sind über 12000 TunesierInnen in ihre Heimat geflohen. Insgesamt wird bisher von über 25000 Flüchtenden gesprochen.

RAP

revolutionäres

antirassistisches Plenum

Kontaktadresse:
'gegeninformation' zum Krieg am Golf
c/o St. Pauli Straße 10-12

Friedensbewegter Golfkrieg und alltäglicher Widerstand gegen was?

Nachfolgend eine Auseinandersetzung mit den Aktivitäten gegen den Golf-Krieg in den vergangenen Wochen. Die mit einem solchen selbstkritischen Rücklick verbundene Hoffnung ist auf die Möglichkeit und Notwendigkeit weiterer Aktionen gerichtet. Solche Aktionen sollten auf einem genaueren Begriff von der Vermittlung des Kriegs in den Verhältnissen hier, und nicht auf dem diffusen Gefühl, etwas gegen den "schlimmen Krieg" machen zu müssen, basieren. Vielleicht gelingt es, mit Hilfe von Selbstktritik und Reflexion in unserer weiteren Strategie immer einen Fehler weniger zu machen als die Gegner...

I. Die übliche und langweilige Chronologie

Seit dem Beginn der Golf-'Krise' bemühten sich ein paar - wenige - GenossInnen in einer autonomen Gruppe, durch eine Reihe von Veranstaltungen, Flugis und andere Aktivitäten darum, eine intensivere Auseinandersetzung mit mehr Menschen zu diesem Thema zu erreichen. Der inhaltliche Schwerpunkt ihrer Aktivitäten lag - grob zusammengefasst! - in der Einschätzung, daß es dem innenpolitisch in die Krise geratenen US-Regime mit Hilfe des Aufmarsches im Golf um eine vollständige geopolitische Neuordnung des gesamten arabischen Raumes als Waffe gegen die "soziale Revolution der arabischen Massen" gehe. Die GenossInnen benannten - bei allen bekannten Schwierigkeiten - als positiven Bezug in dieser Auseinandersetzung die palästinensische Intifada und den kurdischen Volksaufstand. Diese Auffassung schlug sich in klugen Analysen und wichtigen Hintergrundberichten in einer INTERIM-Sondernummer nieder, (die dann auch schnell ausverkauft war).

Allerdings blieben die diesbzüglichen Reaktionen von anderen GenossInnen zu diesem Thema im wesentlichen auf demselben intelektuellen Reflexionsniveau, ohne daß sich daraus Handlungsperspektiven eröffneten. Gestützt auf freundliches Schulterklopfen machten sich die zu diesem Thema arbeitenden GenossInnen mit dem Ablauf des Uno-Ultimatums daran, wenigstens eine etwas größere Demonstration am 12. Januar auf die Beine zu stellen. Vorsichtige Schätzungen erhofften sich damals vielleicht 6000 TeilnehmerInnen. Angesichts dieser nicht gerade überwältigend erscheinenden Mobilisierung wurde ein "Bündnis niedriger Intensität" mit der wieder auferstandenen FRIKO (Friedenskoordination) eingegangen. Die dort versammelten ehemaligen 83er Friedensmanager, SEW'lerInnen und GewerkschaftlerInnen sind zwar aufgrund des Zusammenbruchs der DDR ein wenig verwirrt, hatten auch zum Krieg am Golf keine eigenständige politische Position, fanden ihn aber nichts desto trotz "irgendwie schlimm".

Es kamen dann überraschend über 100 000 Menschen zu dieser Demo, die von autonomen Genossen mit einem Leittranspartent angeführt wurde. Die FRIKO muß über ihre Connections dafür gesorgt haben, daß sich in der Zwischenzeit fast alle reformistischen Großorganisationen von SPD, DGB, PDS, AL usw an die Mobilisierung anhängten. Entsprechend war auch die Resonanz im ewig währenden Medienbrei der öffentlichen-rechtlichen Ausgewogenheit: Anstelle des Mottos: Kampf gegen dem Krieg am Golf hier (wo sonst?) fand in der öffentlichen Wahrnehmung eine Funktionalisierung der Proteste als "ernsthaftes Anliegen aller besorgten Menschen um den Frieden auf der Welt" statt, der ja so schmählich durch Saddam Hussein bedroht sei.

Der Rest ist schnell erzählt: Unsere GenossInnen verabschiedeten sich schleunigst aus dem Bündnis, der Medienrummel nahm zur pschologischen Einstimmung bis zum Beginn des Krieges ungeheure Ausmaße an; Zehntausende zogen bei Kriegsbeginn vom Breitscheidplatz unter der Führung der FRIKO und dem DGB ausgerechnet zum Brandenburger Tor, die dort allen Ernstes Olle Momper reden lassen wollten. Die Katastrophe des Krieges am Golf dort war mal wieder seitens der Mobilisierung der Reformisten in die Katastrophe der Politik hier umgeschlagen. Für sie macht der Krieg alle immer irgendwie gleich und betroffen, und selbst ein Idiot wie Momper wird da zum "Menschen"...So weit so schlecht.

Auf der besseren Seite bleibt festzuhalten, daß 10000ende von SchülerInnen und StudentInnen den Krempel hinschmissen, durch die verkehrsreichen Straßen der Stadt bis hin zum US-Headquarter an der Clay-Allee demonstrierten, die Wut über den imperialistischen Krieg sich auf der Demo zum Brandenburger Tor an den Scheiben der Großbanken und den Luxuskaufhäusern austoben konnte und mit ein paar - mehr oder weniger gut organisierten - symbolischen Aktionen (US-Airforce-Flughafen Tempelhof, Siemensblockade, Börsenaktion und Blockade vor dem türkischen Generalkonsulat) im Rahmen einer zunächst eher unpolitisch bleibenden Katastrophenmobilisierung ein paar antikapitalistische Momente in den hiesigen Verhältnissen thematisiert werden konnten.

Und nicht zuletzt einige gute Aktionen im Bundesgebiet (Putz in Hamburg und Freiburg, Blockade des Nord-Süd-Eisenbahnverkehrs der BRD durch FreundInnen in Göttingen, Aktionen vor der US-Airbase in Frankfurt) veranlaßten den Korrespondenten des 'Tagesspitzels' aus Yankeeland dazu, herumzujammern, daß man in den USA sehr irritiert darüber sei, daß im westlichen Lager ausgerechnet in der BRD die "größten und gewaltsamsten Aktionen" gegen den Golf-Krieg zu registrieren gewesen seien.

II. Kein Krieg ohne Friedensbewegung

Seit Beginn des Krieges sind mehr Leute auf die Straße gegangen, als vorher zu erwarten war. Das muß erst mal nicht unbedingt schlecht sein, klärt aber nicht die wichtige Frage, welche politische Bedeutung das hat. Wir wissen aus der 83er Bewegung, daß "Bewegung" nicht alles ist, und daß das Wort "Frieden" eine Karrikatur sein kann. Die soziale Realität in der reichen Metropole hat uns viel zu bieten - unter anderem auch "Friedensbewegungen" als sozialpsycholgische Verarbeitungsform für Kriegsangst.
Ohne Zweifel finden ziemlich viele Menschen "Krieg" schlimm, der Autonome Willi genauso wie Landesbischof Weihwasser und Helmut Kohl. Entscheidend ist vielmehr, von welchen aus der sozialen Wirklichkeit entwickelten Anlaysen sie ihr Handeln leiten lassen, oder anders herum gefaßt: Wer kann wem welche politische Frage diktieren. Die mal wieder perfekt durchorganisierte Friedensdemo in Bonn am 26.1. ist nicht nur ein Beispiel für den soundsovielten Versuch, von zynischen SPD-DGB-Reformisten und der Kirchenmafia sich einen hegemoniales Standbein in der Bewegung zu sichern, sondern auch dafür, wie DemonstrationsteilnehmerInnen das Wort im Mund herumgedreht werden kann. Rübergekommen ist jedenfalls, daß diese Demo nicht antiamerikanisch ist, für die Interessen des zionistischen Israels eintritt und daß sie Saddam Hussein genauso schlimm findet wie überhaupt den "Krieg". "Großartig", sagen da nicht nur die bürgerlichen Fernsehkommentatoren, sondern vielleicht auch bald Bundeswehrgeneräle, wenn sie den Worten der "deutschen Friedensbewegung" (TAZ 26.1.91) endlich Taten im Sinne einer "bewaffneten Wiedergutmachung" für Israel folgen lassen wollen.
Die "deutsche Friedensbewegung", jedenfalls so wie sie sich in Bonn dargestellt hat, wird bei weiterem Verzicht auf Analyse und einem explizit gegen die hiesigen Verhältnisse gerichteten politischen Standpunkt bald wieder verschwinden. In ihr haben verängstigte TAZ-Redakteure Platz, denen eingeworfene Fensterscheiben in Luxuskaufhäusern noch immer schlimmer sind als Bombenteppiche auf arabische Städte.

III. Wenn ich die Hände vor meine Augen halte, sieht mich niemand mehr ...

"Amerika bereitete sich in jenen Tagen eifrigst auf den Krieg vor. Am meisten trugen - wie stets - die Pazifisten dazu bei."

Was Trotzki von den Pazifisten kurz vor dem ersten Weltkrieg schreibt, bedarf vielleicht nur einiger Aktualisierungen, um das derzeitige Verhältnis der Friedensbewegung zum Golf-Krieg zu beschreiben. Die Äußerungen der Friedensbewegung konnten bisher relativ mühelos propangandistisch für den Krieg, insbesondere für das stärkere Engagement der Deutschen im Krieg genutzt werden. Seit Beginn des Krieges sind die Aktivitäten der Bundesregierung im Verbund mit den Medien als eine Art Stimmungsmobilmache zu werten. Dabei kann man einer Friedensbewegung, die lediglich ihrer gefühlsmäßigen Sehnsucht nach Frieden Ausdruck verleiht, die Argumente unterschieben, die man zur Legitmierung der längst erfolgten tatsächlichen Mobilmachung bedarf. Solcher untergejubelten Argumente haben auch den aktuell immer dringlicher werdenden Zweck, Bündnistreue mit den USA zu sichern.

1. Welturabstimmung für den Frieden ?

Als man während der großen Demos vor Ablauf des Ultimatums zunächst mit wohlwollenden Kommentaren die Angst und Besorgnis der Friedensbewegung honorierte, ließen sich vermutlich daraufhin viele zu dem Fehlschluß verleiten, daß der Krieg vielleicht doch etwas mit Demokratie zu tun habe und daß es nur eine eindrucksvolle Menge von KriegsgegnerInnen geben müsse, um den Krieg zu verhindern. Als die Kampfhandlungen dann doch begannen, ohne daß die Friedenswilligen gehört worden waren, machten sie sich mit weißen Bettlaken öffentlich bemerkbar und gaben damit zugleich ihre Kapitulation vor dem begonnenen Krieg bekannt. Die mit der massiven Unterstützung der TAZ propagierte sogenannte "Welturabstimmung" geht wohl davon aus, daß es noch nicht zu spät sei, Demokratie auch für den (Welt-) Kriegsfall einzufordern. Für die Abstimmung sind die modernen elektronischen Medien wie Telefax grad recht. Da muß man schon mal übersehen, daß die Welt der telefaxenden Frauen nur die Westliche sein kann und alle anderen nicht mit abstimmen können (s. Anti-Kriegszeitung Nr.2) und daß solche elektronischen Geräte Abfallprodukte der Rüstungsforschung sind, für die der Golf-Krieg ein wunderbarer Testfall ist.

2. Zwei - Fronten - Denken

Als elf Tage nach Ablauf des Ultimatums die generalstabsmäßig organisierte, zweite Großdemonstration der Friedensbewegung in Bonn stattfand, war das offizielle Verständnis für die Besorgnisse in Vorwürfe an die Friedensbewegung umgeschlagen. Sie wurde dafür angegriffen, daß sie zu spät (wo seid ihr damals bei Afghanistan gewesen?) und gegen die Falschen demonstriere - so als sei die Friedensbewegung als unbezahltes öffentliches Gewissen dieses Landes mobil einsetzbar. Und, die Vorwürfe erfüllten ihren Zweck. Die Friedensbewegung ließ sich auf eine Zwei-Fronten-Sicht verpflichten: Hier die "guten Amerikaner" dort die "schlechten Irakis" Das Ziel der atmosphärischen Mobilmachung war erreicht. Nach einigen Scherbendemos konnte Deutschland seine Bündnispartner davon überzeugen, daß alles wieder im Lot sei. Die einfache Gleichung Antiamerikanismus=Anti-Israel=Anti-Zionismus=Proirak, auf die sich die Friedensbewegung eingelassen hat, hat sie zusätzlich erpressbar gemacht für verständnisvolle bis unterstützende Töne gegenüber den USA, und für die "besondere Verpflichtung der Deutschen" gegenüber dem Staate Israel

3. Stunde-Null-Denken

Die Friedensbewegung hat sich mit dem 'Ausbruch des Krieges' konsti-

Daily News" im Januar ergab, daß 83 % der Bevölkerung das Gefühl hat, die Nutzung von Incirlik

tuiert. Ihre "Stärke" wird entsprechend dieser Bedingung abhängig sein vom weiteren Verlauf des Krieges, Die jeweiligen Eskalationstufen des Krieges werden die nächste Aktion bestimmen. Damit unterwirft sie sich der Logik des Krieges, die den nächsten Schlag immer mit dem vorangegangenen gegnerischen legitimiert. Die Empörung über die verschiedenen Eskalationen seitens der Friedensbewegung wird nur moralisch begleiten, was als als us-aAmerikanischer Gegenschlag darauf folgt. Eines Tages wird der Krieg in seiner heißen Phase aufhören und mit ihm die Friedensbewegung verschwinden. Wenn es dann an die Neuverteilung des arabischen Raumes unter us-amerikanischer Leitung geht, wird die Friedensbewegung einfach bloß froh darüber sein, daß man von der Airbase wieder an die Verhandlungstische zurückgekehrt ist. "Zur Vernunft gekommen" werden sie das dann nennen.

4. Aktionismus aus Empörung

Derzeit ist es probelmlos möglich, die Empörung, die in den Aktionen in und um die Friedensbewegung zum Ausdruck kommt, für die 'Mobilmachung' zu nutzen. Ein Beispiel: Die große Empörung über die deutsche Rüstungsindustrie, die in Blockaden vor Siemens, und Daimler-Benz, in Boykottaufrufen gegen bestimmte Firmen zum Ausdruck gekommen ist, wurde bereitwillig aufgegriffen, um die Rüstungsindustrie scheinbar schonungslos anzuprangern. Das muß verdächtig vorkommen. Und näheres Hinsehen bestätigt, daß damit nur die stärkere finanzielle und eventuell auch militärische Unterstützung für den Golfkrieg vorbereitet wurde. Die Argumentation, in die die Friedensbewegung eingebunden werden sollte, war eine konstruierte moralische Verpflichtung der stärkeren BRD-Unterstrützung des Krieges angesichts der Verwicklung deutscher Firmen in die Rüstung des Iraks, um "das Schlimmste zu verhindern".

Wer mit Entrüstung Politik macht, dem schlägt sie entgegen, weil der Empörung Taten folgen, die von der Empörung nicht beabsichtigt waren. Die Taten läßt in diesem Falle die Bundesregierung folgen. Sie bedient sich dabei zur Rechtfertigung ihrer Taten der diffusen Empörung der Friedensbewegung. Es bahnt sich schon an, daß die Empörung über die Bombardierung Kurdistans durch die Türkei nach gleichen Strickmuster ausgenutzt wird, um den USA die Rolle einer friedenstiftenden Macht zuzugestehen, die so nebenbei den Kurden zu einem eigenen Staat verhilft.

IV. Was ist von dem Golf-Krieg hier zu begreifen?

1. Krieg ist undemokratisch

Es bleibt festzuhalten, daß die große Menge Friedenswilliger in den USA und NATO-Ländern den Automatismus des Ultimatums nicht zu duchbrechen vermochten. Es sollte Krieg geführt werden. Das ergibt auch eine Rückschau auf die schon lange vor dem Ultiamatum getätigten Maßnahmen der USA im arabischen Raum, insbesondere in Saudi-Arabien. Der in den 80er Jahren dort so scheinbar aberwitzig überdimensionierte Ausbau der miltärischen Infrastruktur erweist sich "urplötzlich" dazu in der Lage, mehrere hundertausend US-Soldaten in kurzer Zeit aufzunehmen (z.B. in Daharan) An diesem des Krieges war lediglich der Zeitpunkt, die genaue politische Konstellation und die Frage, ob und wie lange die Abschreckungswirkung ihn noch verhindern würde, unklar.

Wie wenig der Krieg mit Demokratie zu tun hat, werden wir vielleicht noch erfahren, wenn der Bündnisfall am Parlament vorbei konstruiert wird. Jedenfalls bedeutet Krieg immer eine latente Notstandsituation. Eine politische Ausrichtung hier zur direkten Beendigung der Kampfhandlungen am Golf geht in die Irre. Nicht hier und nicht vom 'Volk' wird das entschieden und auch das Modell "Druck machen" funktioniert nicht. Krieg ist immer die Ausschaltung der Demokratie, und um das bewußt zu machen, sollte man nicht Partizipation, wie in einer Welturabstimmung einklagen, sondern diesen Zustand ohne Demokratie sichtbar machen als "Nichts geht mehr". Das war in den vergangenen Tagen am spürbarsten in den SchülerInnen und Studenten-Streiks und den Stauproduktionen auf den Straßen .

2. Warum die Völkerrechts-Moral nicht weiter hilft

Die aktuelle Situation ist verflucht kompliziert und unübersichtlich. Ein jahrelang von westlichen Regierungen und Rüstungskonzernen hofierter und belieferter faschistischer Massenmörder vergast nicht nur Teile der kurdischen Zivilbevölkerung seines Staates, bricht mit der Einverleibung Kuwaits offenkundig das Völkerrecht und probt im Namen der ökonomisch deklassierten arabischen Massen einen wahnwitzigen, unter Umständen mit Massenvernichtswaffen geführten militärischen Aufstand gegen die stärkste Militärmacht der Welt. Auf der anderen Seite eine bunt zusammengewürfelte Koalition gegen den Irak unter der Führung der USA, die sich mit den so einmütig als auch konsequenzlos gegen sie gefaßten Verurteilungen der UNO im Falle der Invasionen von Grenada und Panama, sowie der Verurteilung durch den internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen der Verminung nicaraguanischer Häfen den Arsch abgewischt haben. Gestützt auf eine UNO-Resolution zur Wiedereinsetzung der rassistischen Olscheichdiktatur in Kuwait bombardieren die USA zunächst einmal die militärische und industrielle Infrastruktur des gesamten Iraks, anstatt das Territorium Kuwait militarisch zu besetzen. Das hat Seitens der USA genausowenig etwas mit dem Völkerrecht zu tun, wie ihre Unterstützung des irakischen Angriffskrieges gegen den Iran vor 10 Jahren. Und nicht zuletzt der Staat Israel weiß auch aktuell, die niemals zu sühnende moralische Schuld der deutschen Faschisten am Holocaust in eine realpolitische Großmacht- und Vertreibungspolitik in Palästina umzumünzen. Auch wenn es angesichts dieser Schweinereien auf allen Seiten schwer fällt, nicht zu verzweifeln, so wäre das in der jetztigen Situation für die Herrschenden im eigenen Land genau das Richtige, um so weiter fortzufahren. Eine Moral, die jetzt darauf besteht, in diesen Verhältnissen das 'Gute' zu suchen, wird blind vor dem, was faktisch im dynamischen Prozeß des Golf-Krieges weiter geschieht.

durch die USA werde ihr Land in den Krieg gegen den Irak ziehen. 70 % sprachen sich gegen eine

3. Der Krieg hat mehr als zwei Fronten und viele Widersprüche.

Mit der Reduzierung auf den Zwei-Frontenkrieg würde man/frau sich nicht nur anfällig machen für die so simple wie politisch unsinnige Gleichung antiamerikanisch- proirakisch-antiisraelisch. Man verkennt damit auch den gesamten Charakter dieser Auseinandersetzung. Um ein Zwei-Fronten-Denken wirklich zu verabschieden, müßte man überhaupt die Vorstellung aufgeben, daß man eine Seite unterstützen muß, was zwar ein dringendes Anliegen von herrschenden Politikern ist, jedoch nicht unser zu sein braucht. Legen wir uns diese Frage einfach so vor, werden wir sie zudem immer nur aus unserer gesicherten Position heraus eurozenztristisch (latent imperialistisch) beantworten können.

Der Golfkrieg hat viele Fronten und Widersprüche, ebensoviele wie Länder, die in ihn verwickelt sind. Ohne daß es jetzt absehbar ist, fungiert er vielleicht für die weitere Zukunft als riesiger Katalysator für ungeahnte Kräftekonstellationen. Deshalb können auch alle heute über die Auswirkungen und politischen Folgen des Golf-Kriegs getroffenen, wohl begründeten und rational hergeleiteten Annahmen sich schon morgen in Schall und Rauch aufgelöst haben. Allein aus diesem Grunde wäre man schön dumm, gar zu schnell Partei für die eine oder andere institutionalisierte Macht zu ergreifen. Ein eher vorsichtiges Abwarten in der politischen Aktion schließt aber nicht die Notwendigkeit nach weiteren Analysen aus.

Mehr als offenkundige Widerspruchslinien ziehen sich schon durch die sogenannte allierte Kräftekonstellation zwischen den USA, ihren europäischen Verbündeten auf der einen und den militärischen Kontingenten arabischer Regimes auf der anderen Seite. Das ist ein Ausdruck für einen in diesem Krieg latent angelegten Widerspruch zwischen einen christlich/abendländischen und islamischen /okzidentalen Denken. Allerorten haben die proamerikanischen Regimes in der Region mit starken proirakischen Oppositionsbewegungen, angefangen vom Maghreb über Jordanien bis hin nach Pakistian zu tun. Die vorherschende Ausrichtung der Opposition ist islamisch-fundamentalistisch, was eine vorbehaltlose Unterstützung schwer macht. Und schließlich ist es noch offen, ob der in diesem Krieg angelegte untergründige Widerspruch zwischen der sich in der Breschenew-Ära befindlichen Welt-Hegemonialmacht USA (ökonomische Krise und noch militärische Stärke) und der ökonomisch aufstrebenden EG nicht noch in offen ausgetragene innerimperialistische Widersprüche umschlägt.

Niemand weiß, welche Kräftekonstellationen sich in dieser Auseiandersetzung noch auftun werden. Ergo kann auch niemand ausschließen, ob sich aus dieser westlichen imperialistischen Sicht auf die neuzuverteilende Welt ein 'toter Winkel' der Weltgeschichte auftut, in dem uns sympatischer erscheinende Formen der Befreiung auftauchen.

V.Gibt es ein gezieltes politisches alltägliches Handeln durch die Widersprüche des Golf-Krieges hindurch?

In welchen objektiven und subjektiven Bedingungen bewegen wir uns weiter gegen den Krieg am Golf, in einer Situation, wo er bald ähnlich "normal" werden kann, wie unser eigener Alltag?

Die Umsetzung der bisherigen Aktionen ist im wesentlichen aus dem aus der Empörung gespeisten Aktionsmus erfolgt und sind fast immer nebeneinander hergelaufen. Ein weiterer strukturloser Aktionismus würde den Angebotschararakter beibehalten, der die Friedensbewegung kennzeichnet. Zudem würden er für unsere Binnenstrukturen zu einer kräftemäßigen und organisatorischen Verzettelung und Überforderung führen - mit den bekannten demobilisierenden Folgen. Auch muß bedacht werden, daß alle genannten Aktivitäten zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Konstellation entwickelt wurden, in der die jeweiligen, die Aktionen tragenden Ideen ohne große Vermittlung von vielen Leuten aufgegriffen werden konnten. Als Beispiele seien an dieser Stelle die Blockaden vor den Rüstungsbetrieben genannt. Der dabei auch gegen die Rüstungsexporte u.a. in den Irak geäußerte Protest ist zwischenzeitlich von allen tragenden politischen Kräften - aus zwar infamen Motiven - verbal vereinnahmt worden. Dieser Umstand ist ein Musterbeispiel dafür, warum das einmal Richtige im weiteren politischen Prozeß nicht unbedingt richtig bleiben muß. Ein erneuter Anlauf zu Aktionen in Richtung von Rüstungsbetrieben wird ungleich mehr Fragen zu bewältigen haben, als in der Zeit der ersten Empörung. Nichts desto trotz bleibt es eine strategisch entscheidende Frage der Anti-Kriegs-Bewegung, ob sich der Widerstand gegen den imperialistischen Krieg am Golf am sozialdemokratischen DGB vorbei, auch in die Betriebe ausweiten kann. Für den möglichen Fall eines Eintritts der Bundeswehr via NATO und Türkei in den Krieg wäre es ein ungleich politischeres Signal z.B. beim mit Zehntausenden bei Siemens oder Daimler zu demonstrieren, als noch einmal am Kuhdamm oder am Brandenburger Tor im Kreis herum zulaufen ...

Ein Nachdenken über den Krieg wird angesichts der Militärzensur und der propagandistischen Mobilmachung allerdings erschwert. Es wird immer schwieriger, zwischen den Zeilen zu lesen. Fast unmöglich ist es, Meldung noch von Propaganda zu unterscheiden. Ist zum Beispiel ausgemacht, daß die 'Meldung', der Irak sei weniger schwer getroffen als zunächst vermutet, nicht dazu dient, die zweite Angriffswelle der USA, den "unvermeidbar" gewordenen Bodenkrieg zu legitimieren ? Über das Geschehen am Golf erfährt man derzeit aus den Medien nichts. Diese Rund-um-die-Uhr-Berichterstattung erinnert eher an Laurie Anderssons beruhigende Message 'you can call me any time, my answering maschine will always be there for you'. Warum nicht dokumentieren, daß wir auf ihre Nicht-Nachrichten gut verzichten können ? Etwa indem alle ihren Fernseher auf die Straße stellen oder sich zur Nachrichtenhauptzeit auf der Straße treffen.

Eine solche Aktion würde zugleich eine Kritik daran sein können, daß in unserer Alltäglichkeit dieser verdammte Krieg zwar unsere Glotze

beherrscht, nichts desto trotz aber für uns (noch) weit weg ist. Diese Situation stellt sich zwar bereits jetzt für die türkische Bevökerung West-Berlins ungleich anders dar, was jedoch bisher nicht die Frage nach der Notwendigkeit ihrer eigenen autonomen Organisierung gegen den Krieg hier beantwortet hat. Genau dieser Umstand wäre die Vorbedingung für eine notwendige Zusammenarbeit, die es bisher jahrezehntelang in der Stadt so gut wie fast überhaupt nicht gegeben hat.

Aus unserer Situation heraus wäre zunächst einmal die Entfernung zum Krieg anzuerkennen und nicht durch eine aktuell illusionäre Suche nach dem Punkt der eigenen Betroffenheit herbei zu manipulieren. Denn wo der Krieg uns direkter betrifft, etwa bei der Umweltkatastrophe durch die Ölverseuchung der Meere, die auch Auswirkungen auf unser Leben hier haben kann, könnte sonst allzuleicht der Eindruck entstehen, daß die 'Deutschen' mal wieder nur um ihr eigenes Überleben und sonst nichts besorgt seien. Jede Positionierung zum Golfkrieg sollte daher von der Perspektive der Verwicklung der Bundesrepublik aus der Angreifersicht und nicht von den Kriegsauswirkungen aus Opfersicht ausgehen.

Was können wir von hier aus tun? Ein paar mehr Leute als vor dem 15. 1. werden sich in Anti-Kriegs-Gruppen betätigen, ein paar andere werden sich wieder der Arbeit zuwenden, die sie vorher gemacht haben. Die Frage ist dabei nicht, wer den Krieg aus seiner Tätigkeit verdrängt, sondern nur das Ausmaß der bewußten Verdrängung, die gerade auch in einer katastrophisch erscheinenden Situation notwendig ist, um einen klaren Kopf für das eigene Handeln zu bewahren. Da derzeit niemand vorhersagen kann, wie sich der Kriegsverlauf weiterentwickeln wird, bedeutet das, daß es notwendig ist, für mögliche Eskalationsstufen in der eigenen politischen Argumentation offen zu sein, was schematische Aktionskonzepte ausschließt. Für unsere Aktionen wäre nicht die Frage zu stellen, welche von ihnen sich möglichst lange und mit möglichst vielen durchalten lassen, sondern welche Sicht auf den Krieg, welche Position zu einer Aktion verdichtet werden kann.

In der aktuellen politischen Arbeit werden wir dabei mit der nicht unbedingt falschen Erkenntnis, daß der Kapitalismus zum Krieg drängt, konfrontiert sein. Diese Position kann schnell einen der aktuellen Situation unangemessenen 'besserwisserischen' Unterton bekommen, ganz so als ob sich imperialistische Absichten immer linear in Kriegen durchsetzen und es nicht sehr wohl Neues und Besonderes in diesem Krieg gibt (siehe hierzu weiter oben). Dem steht die Forderung nach genaueren Analysen in der verflucht komplizierten Situation gegenüber mit den ebenfalls aufgezeigten Schwierigkeiten der eigenen Uninformiertheit.

So endet dieser Beitrag mit einem Moment der Ratlosigkeit der SchreiberInnen, das vermutlich nur Ausdruck der vorläufigen Ratlosigkeit der gesamten Bewegung ist. Mit diesen Bemerkungen konnten wir nur ein paar Vorbedingungen klären, die wir für eine auch in Aktionen umzusetzende Positionsbestimmung notwendig halten. Nicht nur im Krieg am Golf erscheint alles möglich, auch für unser weiteres (Nicht-)Handeln ist alles drin. Um nicht in die Fallen des Pazifismus zu tappen hätte sich eine Position zum Krieg am Golf wohl auf das zu beschränken, was man von hier aus beurteilen und wofür man/frau mehr als mit ein paar Worten einstehen kann.

Laura's Defense Weekly und Omar Sharif

Konferenz
zu Ursachen, Wesenszügen und Auswirkungen des Zusammenbruchs des "real existierenden Sozialismus"

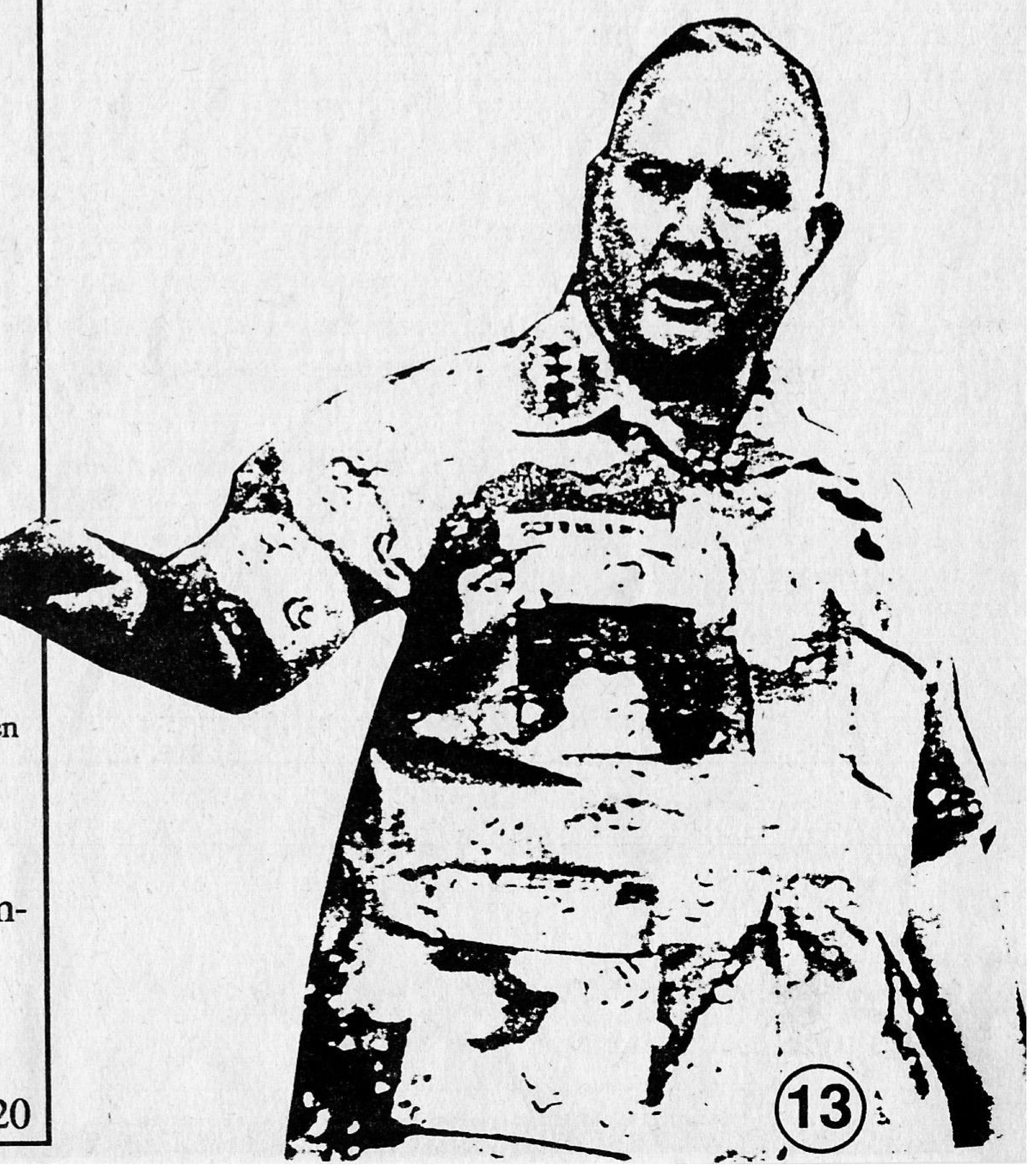
vom 22. - 24.02.1991 und 05. - 07.04.1991 in Berlin

Teil I:
++ Neubestimmung der historischen Entwicklung der Sowjetunion
++ Charakter und geschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution
++ Zu den Auffassungen Lenins von der sozialistischen Gesellschaft
++ Voraussetzungen und Wesenszüge des "Stalinismus"
++ Zur Kritik der Politischen Ökonomie des "Stalinismus"

Teil II:
++ Osteuropa: Sozialismus ohne revolutionäres Subjekt?
++ Kapitulation oder revolutionäre Erneuerung? Zum Wesen der Perestroika
++ Zur Stellung der Frauen in den nachkapitalistischen Übergangsgesellschaften
++ Was ist Sozialismus?

VeranstalterInnen:
Gruppe Arbeiterstimme, HINTERGRUND-Redaktion, Kommunistische Plattform der PDS, DIE NELKEN, PROWO

Anmeldung:
Die Nelken, Johannes-Dieckmann-Straße 19-23, O-Berlin 1020



der linken Wochenzeitung "2000e Dogru" verboten und ein Verfahren gegen die Redaktion eingelei

FRAUENSTREIK GEGEN KRIEG

Der Krieg am Golf ist - wie jeder Krieg - von Männern gemacht.
Krieg ist immer der mörderischste Ausdruck männlicher Machtkämpfe.
Dieses Mal wird "mit allem,was wir haben" (so US-Militärs) die flächendeckenste Bombardierung mit modernsten Waffen des reichen Nordens gegen die Bevölkerung eines Landes des armen Südens eingesetzt.
Angeblich,um die "westlich-demokratische Ordnung" dort durchzusetzen.
In Wirklichkeit,um das räuberische Ausplünderungsverhältnis des Nordens zu Menschen und Rohstoffen (Öl) des Südens mit ALLEN Mitteln aufrechtzuerhalten.
Angeblich gegen den brutalen Diktator Iraks.
In Wirklichkeit gegen sein Ausscheren aus dem westlichen Einfluß und die Verfolgung seiner eigenen Machtziele.

Einen großen Anteil der Machtmittel Saddam Husseins haben ihm deutsche Geschäfts-Männer zum Zwecke ihres Profits und Machtgewinns verkauft. Ja,sie tun es noch heute,geschützt von deutschen Politik-Männern,welche die starke D-Mark im Kampf um ihre "Neue Welt- Ordnung" wohl zu schätzen wissen.

- Deshalb schwiegen sie,als am Ende des acht Jahre andauernden,westlich finanzierten Iran - Irak - Kriegs wieder einmal Deutsches Gas -zigtausende Menschen umbrachte und Abertausende vertrieb (die Zerstörung der kurdischen Stadt Helabja im März 88 ist nur das bekannteste Beispiel)
- Deshalb verschwiegen sie ihre Geschäfte mit der Aufrüstung von Saddams Unterdrückungsapparat gegen seine eigene Bevölkerung ,solange er im Sinne ihrer Machtinteressen die Herrschaftsansprüche Khomeinis über die muslimische Welt eindämmen half.

Dieser Krieg heute ist ein Völkermord gegen die irakischen Menschen,dessen Grausamkeit wir uns hier nicht vorstellen können.

Der westliche Vernichtungswille trifft auch die seit Generationen für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden kurdischen Frauen,Männer und Kinder.

Für die PalästinenserInnen bedeutet der Krieg nur die Fortsetzung der Gewalt, gegen die sie ohnehin schon jahrzehntelang kämpfen müssen. Die Früchte der Intifada sollen sie nicht durchsetzen könenn,sie werden zusätzlich durch den Krieg bedroht.

Für die jüdischen Menschen in Israel aktualisiert der Krieg ihre grundlegenden Vernichtungsängste und schweißt alle Ansätze von antizionistischer Opposition wieder mit der Staatsmacht zusammen.

Dieser Krieg der Reichen gegen die Armen produziert riesige neuerliche Flüchtlingsströme. Die meisten,vor allem die Frauen und Kinder,Verletzten,Kranken und Alten,erreichen nur die grenznahen Lager. Militärisch umzäunt und abgesperrt, spielt sich in ihnen ein unvorstellbarer Kampf gegen das Sterben ab.

Und die europäische Wohlstandsfestung schottet sich nur noch dichter gegen die wenigen Flüchtlinge ab,die es bis hierher zu schaffen versuchen. Gegen die hier lebenden arabisch aussehenden Menschen verschärfen sich Rassismus und Antiterror-Hetze.

tet. In einem Artikel hatten sie geschrieben, unter dem Deckmantel des Golfkriegs bombardiere

Für Frauen bedeutet der Krieg noch ein Vielfaches an Gewalt, der sie ohnehin schon ausgesetzt sind.
Wir klagen diese patriarchale Gewalt und Zerstörung von jeglichem Leben in Kriegs- wie in sogenannten Friedenszeiten an !
Frauen tragen aber auch zum Funktionieren des Krieges mit bei:

- *als Soldatinnen*
- *als Produzentinnen von Kriegsmaterial (was wir oft nicht wissen)*
- *als Pflegerinnen von Verletzten*
- *als Sekretärinnen*
- *mit der emotionalen und sexuellen Versorgung von (Ehe-)Männern tragen Frauen dazu bei, die männlichen Macht- und Verhaltensstrukturen zu bestätigen und zu stärken.*

Wir Frauen in den westlichen Industrienationen haben Teil an einem Lebensstandart, der nur durch die Ausbeutung der "3.Welt" möglich ist. Das Bestreben, diesen Lebensstandart zu erhalten, führt zu immer mehr Konflikten und Kriegen in der ganzen Welt.
Aus Angst um die Gefährdung unseres Wohlstands, aus Angst vor den "Fremden", die unsere Art zu leben infragestellen und Ansprüche anmelden, schweigen auch wir zu ihrer Ausgrenzung und entwürdigenden Behandlung, rennen wir nicht schreiend auf die Straßen angesichts des Grauens von Morden und Massenvernichtung an Menschen und der Zerstörung ihrer Welt - solange unsere Welt nur bestehen kann !

Schweigen wir nicht länger !

Stellen wir uns vor, daß wir unser Tun verweigern !
Mit einem Mal würde sichtbar, was alles durch unsere Hände und Köpfe funktioniert.

Nehmen wir uns diese Macht und verweigern wir unsere Arbeit :
beim Militär, in Betrieb, Büro, Kaufhaus, Schule, Krankenhaus, in Ehe, Familie und Beziehungen !
Wenden wir uns gegen diesen Krieg, der Ausdruck von patriarchalem Machtwahn und Gewaltherrschaft ist.
Orientieren wir uns nicht an Männern und ihrer Weltordnung !
Hindern wir die Männer an jeglicher Ausübung unterdrückerischer und ausbeuterischer Macht und Gewalt !
Entwickeln wir Ideen zur praktischen Solidarität mit flüchtenden und eingewanderten Frauen !

- *Sofortige Einstellung aller Kriegshandlungen*
- *Abzug aller westlichen Truppen aus der Golfregion*
- *Abzug der bundesdeutschen Soldaten aus der Türkei*
- *Kein Geld von uns für den Krieg, keine Kriegssteuern*
- *Für das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen, palästinensischen und aller anderen arabischen Völker*
- *Gegen den Antisemitismus und Rassismus in der Weißen Welt, der jüdische Menschen noch immer vertreibt*

Frauen in aller Welt erheben sich gegen den Krieg.
In der BRD finden seit Mittwoch dem 23.1.91 Frauenstreiks und Aktionen gegen den Krieg statt.
In Dortmund treffen wir uns am Mittwoch den 6.2. und Mittwoch den 13.2. am Europabrunnen.
Von 11 bis 13 Uhr und von 16 bis 18 Uhr beschriften Frauen Bettücher u.ä. mit ihren Gedanken gegen den Krieg.
Bringt Stoff, Pinsel, Farben, Musikinstrumente und Krachmacher , bringt eure Freundinnen, Schwestern, Mütter, Großmütter, Töchter, Kinder, Arbeitskolleginnen mit !



Spendet für medico international, die in der Türkei u.a. angrenzenden Regionen Flüchtlingsversorgung aufbauen. Kontonr. 6999-508, Postgiro Köln, Stichwort "Flüchtlinge"

die türkische Luftwaffe kurdische Dörfer im Norden Iraks und auch auf türkischem Gebiet.

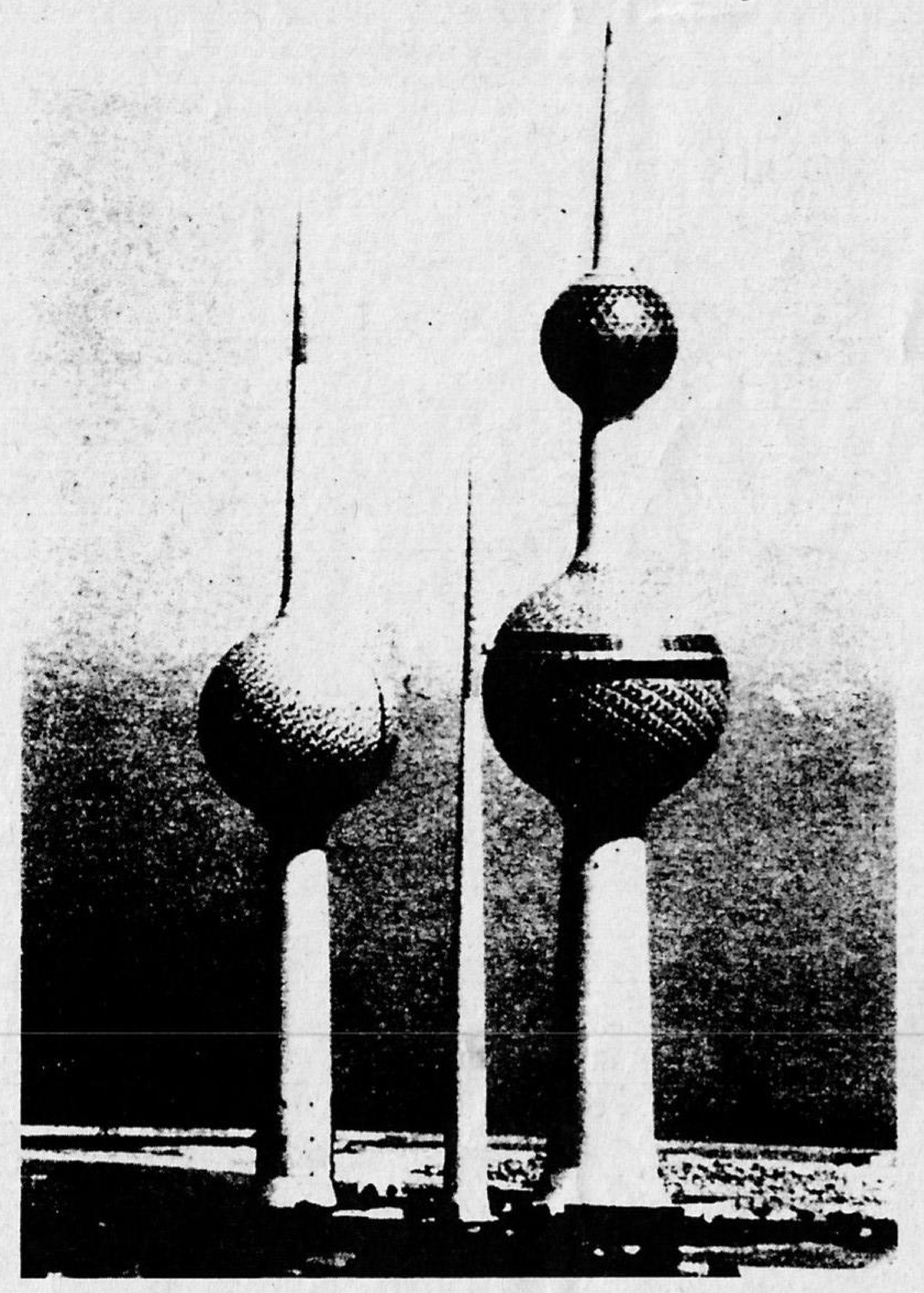
Die Geschichte Kuwaits bis zum 2.August 1990

(TATblatt Wien)

- Etwa 5000 vor Beginn unserer Zeitrechnung erste Besiedlung; EinwohnerInnen unbekannter Herkunft leben hauptsächlich vom Handel.
- Um 325 v.u.Z. wird auf einer Kuwait vorgelagerten Insel von griechischen SiedlerInnen ein Tempel errichtet.
- Um 140 v.u.Z. wird das Gebiet des heutigen (?) Kuwait von Persern erobert. In der Folge wird der Landstrich von (relativ) häufig wechselnden Lokaldynastien ohne feste Bindung an eine Zentralmacht beherrscht.
- Allerdings nicht ohne Höhepunkte: Ende des 12.Jahrhunderts Gregorianischer Zeitrechnung gelingt es Sultan Saladin, die Vielzahl der verschiedenen Lokaldynastien im Kampf gegen die seit 1099 den Arabischen Raum terrorisierenden "Kreuzritter" zu einen. Nach dessen Tod zerfiel die Zweckgemeinschaft. Dennoch konnten die Eindringlinge 1291 gänzlich vertrieben werden.
- In den 30er Jahren des 14.Jahrhunderts (alles Gregorianische Zeitrechnung) begann der Aufstieg des Osmanischen Einflußgebietes zur Großmacht. Anfang des 16.Jhdt's erstreckte sich das an Osmanischen Fürsten orientierte Gebiet nach Eroberungsfeldzügen gegen die zersplitterten Lokaldynastien über den gesamten Arabischen Raum bis nach Nordafrika.

Die Osmanen beschränkten sich aber zum einen auf die Kontrolle der als Handelszentren nutzbaren Küstenregionen, zum anderen verzichteten sie auf die Durchsetzung einer starken Zentralmacht und beließen den besiegten Lokaldynastien weitgehend die politische Herrschaft über die eroberten Gebiete. Letztlich zum Nutzen beider: Sultan Süleiman I. konnte sich Dank fehlenden Widerstandes innerhalb seines Einflußgebietes 1529 sorgenlos auf die Belagerung Wiens einlassen.

- Ab 1506 versuchten sich neuerlich europäische Mächte im Arabischen Raum einzunisten. Die Portugiesen eroberten mehrere Städte und errichteten Handelsstützpunkte. Auf sie geht auch die Gründung Kuwait-city's zurück, die an einer von den Einheimischen "Al Qurain" (kleines Horn) genannten Bucht ein Fort und eine Siedlung errichteten.
- Gegen 1680 siedelten sich Nomaden in der inzwischen wieder verlassenen Siedlung an und bauten das verfallene Fort wieder auf. Nach dem arabischen Wort für Festung "Kut" wurde die Ansiedlung Kuwait genannt,
- Die Nomaden besiegten den Osmanischen Gouverneur und etablierten eine auf Handel beruhende relative Autonomie, die sich dank der Kontrolle über Karawanen und Handelswege bis weit in den Irak und nach Syrien erstreckte.
- Im späten 17. bzw frühen 18.Jhdt zwangen Dürrekatastrophen im Zentralarabischen Raum viele Beduinen, eine neue Heimat zu suchen. Im Zuge dieser Wanderungsbewegung ließen sich viele Großfamilien in Kuwait nieder und konnten in der Folge Einfluß auf die öffentlichen Belange der Stadt erringen. Unter ihnen auch die Familie Al Sabah.



Die Kuwait Towers, fertiggestellt 1979 als Wassertürme, wurden zum Wahrzeichen von Kuwait City: sie sind 90, 140 und 180 m hoch.

- Wieder aufflammende Kämpfe der umliegenden Lokaldynastien nutzen die Bürger von Kuwait-Stadt 1756 zur Ausrufung ihrer Unabhängigkeit von der zerfallenden Nomadenherrschaft. Ein Angehöriger der Al Sabah wurde von den Bewohnern der Stadt zum ersten Emir von Kuwait gewählt.
- Folgende Gruppen versuchten im Verlauf des 18.Jhdts den Arabischen Raum unter ihre Kontrolle zu bringen:

- Die **Perser**, die aber aufgrund fehlender Seemacht nie entscheidenden Einfluß erlangen konnten. Die persische Landstreitmacht war aber stark genug, regelmäßig die Grenze zum Osmanischen Reich (in etwa die Ostgrenze des heutigen Irak) zu bedrohen und kurzfristig immer wieder hin- und her zu schieben.

- Die **Osmanen**, die genug damit zu tun hatten, das Gebiet des heutigen Irak gegen die Perser zu verteidigen und außerdem nur über eine geringe Zentralmacht verfügten. Ihr Einfuß auf die Arabische Halbinsel war daher eher auf Zweckkoalitionen mit verschiedenen weitgehend unabhängigen (weil fern der Machtzentren des Osmanischen Reichs gelegenen) Stadtstaaten beschränkt. Dem langsamen Verfall des Reiches entgegensehend verbündeten sich die Osmanen Mitte des 18.Jhdts mit den Engländern und verloren dadurch zusehends Einfluß im Arabischen Raum.

- Verschiedene **arabische Lokaldynastien**, die um Vorherrschaft kämpften, von denen aber keine die Stärke besaß, sich letztlich durchzusetzen. Das daraus resultierende Machtvakuum nützten die Bewohner der Stadtstaaten (von gelegentlich Überfällen seitens der größeren Lokaldynastien abgesehen) dazu, ihre Unabhängigkeit zu festigen.



Der 13. und bislang letzte Emir von Kuwait, Scheich Jabir Al-Ahmad Al-Jabir Al-Sabah (62)

- **Europäische Kolonialmächte**, die den Arabischen Raum als Zwischenstation am Weg nach Indien nutzen wollten. Während vorerst Portugiesen, Franzosen, Holländer und Briten um Einfluß am Persischen Golf stritten, etablierte sich Großbritanien Mitte



des 18.Jhdts als führende Kolonialmacht.

● Die ständige Bedrohung der traditionellen Handelszentren wie etwa Basra durch die Perser bewog die Briten, das Zentrum ihrer Handelstätigkeit ins friedlichere Kuwait zu verlegen. Die relative Unabhängigkeit des Stadtstaats sowohl von den rivalisierenden Lokaldynastien als auch den Osmanen bot beste Vorraussetzungen für die Entwicklung der Stadt als Handelszentrum.

● Zu Beginn des 19.Jhdts fühlten sich die Briten von den Napoleonischen Truppen bedroht und verstärkten ihre Präsenz im Golf. Gleichzeitig versuchten sie die Herrscher der Stadtstaaten, die — rein formell — noch immer dem Osmanischen Reich untergeordnet waren, mittels konstruiert wirkender Vorwürfe an die Kandare zu nehmen. Die Briten drohten mit militärischem Eingreifen gegen angeblich von verschiedenen Stadtstaaten unterstützte Piraten und zwangen deren Herrscherfamilien damit zur weitestgehenden Aufgabe der wirtschaftlichen Souveränität.

● Vollendet wurde diese Entwicklung Ende des 19. Jhdts. Die Briten akzeptierten zwar formell die Zugehörigkeit der Stadtstaaten zum Osmanischen Reich, sicherten aber gleichzeitig den Stadtherrschern im Tausch gegen das Recht auf militärische Präsenz und Außenpolitische Vertretung Souveränität zu. Mit dem 1899 zwischen dem Emir von Kuwait und dem Vertreter der britischen Krone abgeschlossenen Vertrag verpflichtete sich ersterer, *"keinen Vertreter irgendeiner Macht oder Regierung in Kuwait oder irgendeinem anderen Ort zu empfangen, ohne vorher die nötigen Schritte mit der Britischen Regierung besprochen zu haben."* Kuwait war sohin zwar "unabhängig", in der Praxis jedoch eine britische Kolonie.

● 1913 verzichtete die Türkei auf jeglichen politischen und wirtschaftlichen Anspruch auf Kuwait. In einem britisch-türkischen Vertrag wurde eine willkürliche Grenze festgelegt. Formell war Kuwait ein "Selbstständiger Verwaltungsbezirk Qaza" des Osmanischen "Rest-Reiches".

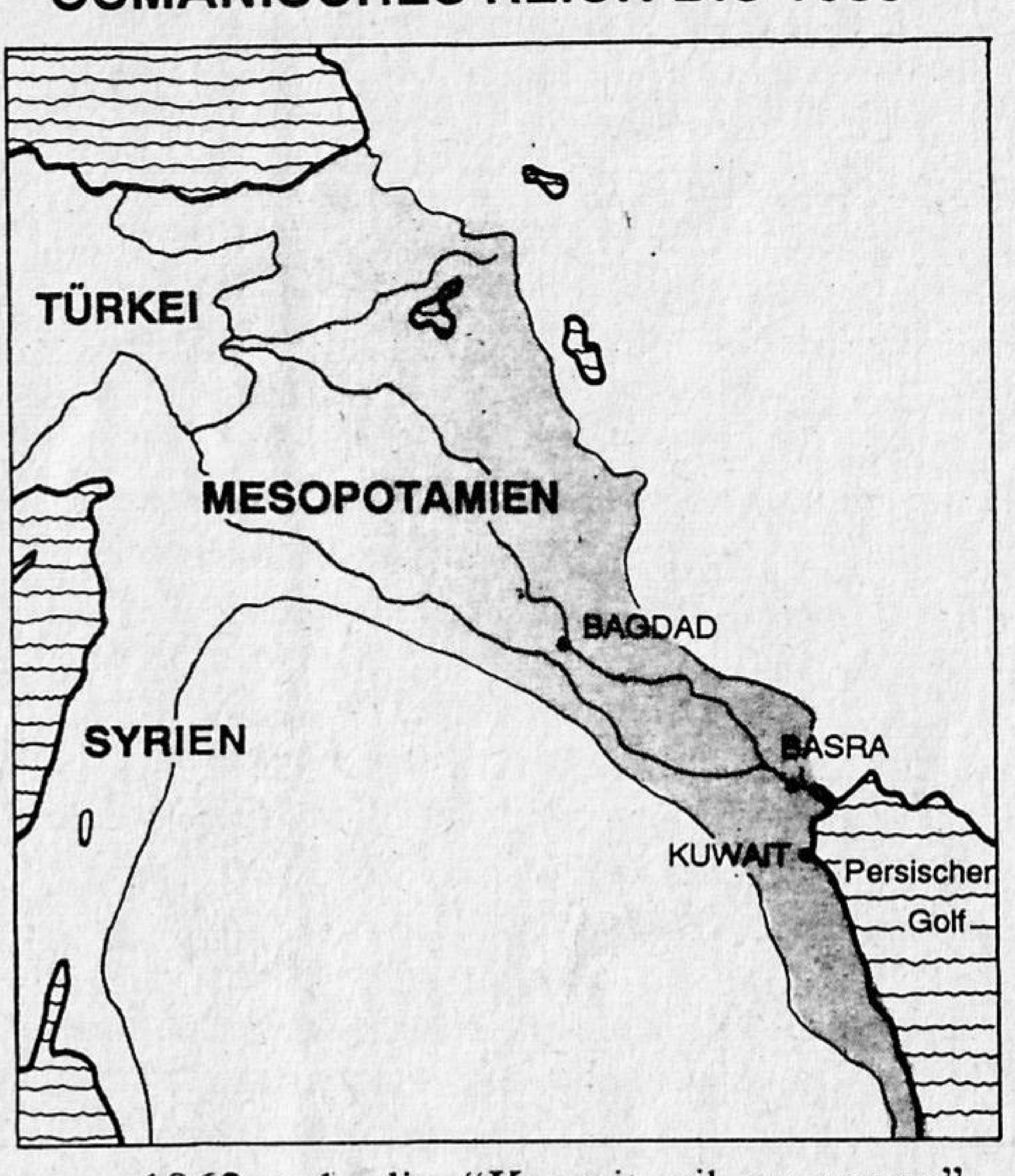
● Die arabischen Herrscher stellten sich im ersten Weltkrieg auf Seite der Engländer und gegen die Türken, nachdem ihnen die Errichtung selbstständiger arabischer Staaten zugesichert worden war.

● Nach Ende des Krieges wurde das Land jedoch entgegen allen Versprechungen in britische und französische Einflußzonen aufgeteilt. Aufstände und Erhebungen, die den Anspruch arabischer Fürsten auf die Macht durchsetzen sollten, wurden militärisch niedergeschlagen. Die Familie Al Sabah behielt ihren "Thron" dank Wohlverhaltens gegenüber den Kolonialmächten.

● Aber auch sie kam nicht ungeschoren davon. Um britische Einflußzonen zu sichern und (Saudi-)arabische Herrschergemüter ruhig zustellen, wurde Kuwait 1922 von den Briten kurzerhand gedrittelt.

● 1936 wurde in Kuwait Öl gefunden. Bereits zuvor hatte sich die "Kuwait oil company" (nachdem in den Nachbarländern Öl gefunden worden war) den alleinigen Zugang zum kuwaitischen Öl gesichert. Diese Ölfirma ist im Besitz der britischen BP und der US-amerikanischen GULF. 1951 wurde dieser Vertrag auf 75 Jahre, also bis 2026 verlängert. 1961 wurde SHELL das Recht eingeräumt, auf den Kuwait vorgelagerten Inseln nach Öl zu bohren.

OSMANISCHES REICH BIS 1683



1962 gab die "Kuwait oil company" einen Teil ihrer Bohrrechte zu Gunsten des Emir auf. Petro-Dollars machen seit damals 80 % der Staatseinnahmen aus.

● 1961 wurde der mehrfach geänderte Grenzziehungs-Vertrag von 1899 durch ein "Freundschafts- und Kooperationsabkommen" ersetzt. Damit war Kuwait nun auch formell unabhängig.

● Der Irak, der bereits 1932 formell unabhängig geworden war, hatte nie den Anspruch auf Kuwait aufgegeben. Begründet wurde dieser Anspruch mit der jahrhundertelangen formellen Zugehörigkeit Kuwaits zur osmanischen Provinz Basra. Nach der Revolution 1958 und der Ausrufung der Republik Irak wurde Kuwait von der irakischen Regierung zum untrennbaren Bestandteil der Republik Irak erklärt. Gleichzeitig erklärte sie den Emir Al Sabah zum Gouverneur von Kuwait. Im Juni 1961 marschieren irakische Truppen in Kuwait ein. Sie werden wenig später von britischen Truppen militärisch geschlagen. 1963 anerkannte der Irak die staatliche Unabhängigkeit Kuwaits.

● Bereits 1938 hatte für kurze Zeit ein vom Emir eingesetztes "Parlament" bestanden. Es wurde jedoch aufgelöst, nachdem sich die Mehrheit der Mitglieder für den Anschluß an den Irak ausgesprochen hatten.

● Nach der Unabhängigkeit wurde eine Verfassung ausgearbeitet, die dem Herrscher absolute Vollmachten einräumt. Das Parlament von 50 Abgeordneten hatte lediglich kosmetischen Charakter. Wahlberechtigt waren Männer, die älter als 21 Jahre waren. 1986 wurde es aufgelöst, nachdem 5 Mitglieder einer linken Gruppierung zu Abgeordneten gewählt worden waren. Formeller Anlaß war ein Attentat gegen den Emir, zu welchem sich die islamisch-fundamentalistischen Organisation "Heiliger Islamischer Krieg" bekannt hatte.

● Das Attentat war die Folge der kuwaitischen Unterstützung des irakischen Angriffs auf den Iran. Kuwait finanzierte mit Petro-Dollars die Aufrüstung des Irak und lieferte modernste US-Waffen.

● Nach den "Ereignissen" von 1985/86 wurden alle politischen Parteien aufgelöst und die Pressezensur eingeführt.

● Nach Ende des ersten Golfkriegs stellte Kuwait dem Irak die im Interesse der Industriestaaten erfolgte finanzielle und militärische Hilfe in Rechnung. Der Irak, der bis dahin mit Wohlwollen des Westens gekämpft hatte, war mit einem Schlag zahlungsunfähig geworden. Verschärft wurde diese Situation noch dadurch, daß sich Kuwait die im ersten Golfkrieg erlittenen finanziellen Einbußen durch gesteigerte Ölförderungen "wieder holen" wollte, so den Ölpreis torpedierte und den Irak seiner einzigen Devisenquelle beraubte.

● Die Kuwaitische Regierung ist oder war ein Familienbetrieb. Neben dem Emir gehören noch mindestens fünf Mitglieder der am 2.August 1990 gestürtzten Regierung der Familie Al Sabah an.

● Zuletzt noch etwas zur Bevölkerungsstruktur:

Mit dem Fluß der Petrodollars strömten auch AusländerInnen ins Land (über eine Mio). Der geringere Teil davon (vor allem EuropäerInnen und US-AmerikanerInnen) waren Techniker und Manager, die das Kuwaitische Wirtschaftsleben bestimmten. Der weitaus größere Teil waren aus Billiglohnländern stammende HilfsarbeiterInnen, denen der Reichtum der Einheimischen (Angehörige verschiedener Feudalfamilien; etwa 600 000 Menschen) vorenthalten blieb. Dennoch war ihr Verdienst im Vergleich zu dem in den jeweiligen Heimatländern drohenden Löhnen und Arbeitsbedingungen hoch, zumal sie keinerlei Steuern und Abgaben zu bezahlen hatten.

Vom Geld der HilfsarbeiterInnen vegetierten ganze Volkswirtschaften dahin. So wurde der Devisenbedarf Bangladeschs zu 30 % aus den nach Hause gesandten Löhnen nach Kuwait ausgewanderter HilfsarbeiterInnen gedeckt. Die Lebensbedingungen der HilfsarbeiterInnen in Kuwait waren vielleicht besser als anderswo. Insgesamt waren sie jedoch schrecklich.

Belegt kann dies unter anderem mit das Bildungsniveau betreffende Kennzahlen werden. Nur zehn Prozent der in Kuwait lebenden AusländerInnen waren über eine Hauptschulausbildung hinausgekommen. 40 % waren nicht einmal des Lesens und Schreibens mächtig. Weitere 40 % konnten dies nur mit Mühe.●

Hauptsächliche Quelle: Stöger, Christian; **KUWAIT** — Öl, Macht und Ohnmacht; *um*bruch-extra; Mödling 1990; Bestelladresse: Brühler Str.26, A-2340 Mödling; Preis: etwa 150 Öschis.

Der Autor enthält sich (fast) jeder politischen Wertung.

türkischer General, Chefberater Özals, vor seinem Privathaus erschossen. Es soll ein Bekenner

Wenn wir von der Propaganda der Herrschenden immer wieder überrollt werden, dann liegt das nicht nur daran, daß wir über keinen Einfluß auf Massenmedien verfügen, sondern auch daran, daß wir auf aktuelle öffentlich geführte Diskussionen schwerfällig und halbherzig reagieren.
Bei "schwierigen" Fragen ducken wir uns gerne weg oder schieben aus Angst vor dem Widerspruch die Argumente in internen Diskussionen so lange hin und her, bis nichts mehr davon übrig bleibt.
Das muß anders werden. Wir sollten uns der Kritik an unserer politischen Position schneller, offensiver und eindeutiger stellen, auch ohne wochenlang die einschlägigen Gremien wegen Zustimmung abgegrast zu haben.
Dieser Text erscheint am Wochenende (mit besserem Layout) als Flugblatt mit hoher Auflage. Es kann bei "Schwarze Risse" im Mehringhof, Gneisenaustr.2, abgeholt und überall da verteilt werden, wo gerade diese Frage nach unserer Position zu Israel unseren Kampf gegen den Golfkrieg denunzieren soll.

IST DER PROTEST GEGEN DEN GOLFKRIEG EIN ANGRIFF AUF DAS EXISTENZRECHT ISRAELS?

„Warum protestieren Sie nicht gegen die irakischen Raketenangriffe auf Israel?", werden in diesen Tagen viele Menschen gefragt, die gegen den Golfkrieg auf die Straße gehen.
Sind wir ungerecht, auf einem Auge blind, wenn wir hier gegen den US-Angriff auf den Irak demonstrieren, ohne dabei mit gleicher Heftigkeit die Raketen auf Tel Aviv und Haifa zu verurteilen? Machen wir uns gar schuldig, mit dem Anti-US-Protesten die Vernichtung Israels mit zu betreiben?
Der Eindruck, den die Medien vermitteln, ist erschlagend: eingestürzte Häuser, Brände auf den Straßen, rennende Menschen in Israel — saubere Zielanvisierung im Fadenkreuz, fast wie bei einem Computerspiel, das sind die Bomben auf irakische Städte. Wer da stirbt und flüchtet (Augenzeugen sprechen von hunderttausenden von Toten!), was da brennt und zusammenstürzt, diese Bilder erreichen uns nicht.
Aber die Frage läßt sich nicht mit der propagandistischen Kriegsberichterstattung durch die Westmedien vom Tisch wischen. Tatsache ist, daß Israel bisher an den unmittelbaren militärischen Auseinandersetzungen am Golf nicht beteiligt gewesen ist. Trotzdem wurde es mit irakischen Raketen beschossen. Ziel der Raketen ist offenbar weniger, große Zerstörungen anzurichten, sondern die israelische Regierung zu einem Gegenschlag zu provozieren und so die arabisch-westliche Allianz zu zerbrechen. Die USA befürchten genau diese Reaktion und versuchen deshalb, Israel selbst zum Stillhalten zu bewegen. Israel sind also zusätzlich noch die Hände gebunden, sein Territorium zu verteidigen.
Das unterstreicht das Bild eines wehrlosen und unschuldigen Landes, des wahren Opfers in der Golfkrise, als das es in den Westmedien gegenwärtig gerne hingestellt wird. Und das ruft hier in Deutschland schreckliche Erinnerungen wach.
Während des Faschismus sind hier Millionen von Juden in den Vernichtungslagern umgebracht worden. „Nie wieder Krieg", diese Parole ist für viele von uns verbunden mit der Auseinandersetzung über die Verbrechen der Faschisten an Jüd/innen, Kommunist/innen, Schwulen und tausenden anderen Menschen. Für viele von uns waren gerade die Bilder dieser Greueltaten ein wichtiger Schritt in unserer Politisierung. Das hat dann zunächst dazu geführt, daß wir auf jeden Fall auf der Seite Israels gestanden haben, weil wir diesen Staat fälschlicherweise gleichgesetzt haben mit dem Lebensrecht des jüdischen Volkes, auch da noch, als israelische Panzer rollten.
Wir mußten erkennen, daß die Gleichsetzung von Juden und dem Staat Israel, wie sie von den führenden Politikern propagiert und vor allem in der deutschen Bevölkerung aus Schuldgefühl heraus breit aufgegriffen wurde, systematisch dazu eingesetzt wurde, die Politik dieses Staates Israel unangreifbar zu machen.
Unter dem Schutz des ständig erhobenen Anti-Semitismus-Vorwurfs hat sich eine Politik entwickelt, die längst nicht mehr mit der Existenzsicherung des israelischen Volkes erklärt werden kann. Der Vernichtungsfeldzug des Staates Israel gegen die Palästinenser/innen, der allein in den letzten Jahren über 1.300 Tote, 70.000 Verletzte und zur zeit 15.000 Gefangene zu verantworten hat, soll auf diese Weise der Kritik entzogen werden.
Gerade, weil wir nicht vergessen haben, wie hier in diesem Land die fürchterliche Nazi-Maschinerie Millionen von Menschen jüdischen Glaubens in die Vernichtung schickte, weil wir nicht vergessen haben, wie Nachbarländer mit der Begründung, das Deutsche Volk sei „ohne Raum", überfallen und die Menschen deportiert und vernichtet wurden, gerade deshalb kämpfen wir überall auf der Welt gegen die Vernichtungs- und Vertreibungspolitik der Mächtigen gegenüber Menschen und ganzen Völkern. Darum lehnen wir Saddam Hussein und seine Politik ab, die sich nicht erst in der Besetzung Kuweits offenbart hat, sondern genauso in seinem Vernichtungskampf gegenüber den Kurden und der brutalen Unterdrückung jeder Opposition im Irak. Aber aus dem gleichen Grund sind wir auch gezwungen, genauer hinzusehen, wenn es um die Rolle Israels in der Golfkrise und ihre geschichtliche Entstehung geht. Davon dürfen wir uns auch nicht wieder durch die plumpe Formel: Anti-Golfkrieg = Antiamerikanismus = Anti-Israel = Antisemitismus, abbingen lassen.
Rufen wir uns die Tatsachen in Erinnerung: Israel hat das nach den Teilungen von 1947 übrige Palästina 1967 im Sechs-Tage-Krieg besetzt, die Palästinenser zum großen Teil in andere Länder vertrieben, in Flüchtlingslagern zusammengepfercht und die besetzten Gebiete Westbank und Gazastreifen praktisch in Militärlager verwandelt. Seitdem diese Gebiete besetzt sind, kämpfen die Palästinenser um ihre Rechte, noch einmal verstärkt seit fast vier Jahren im Volksaufstand, der Intifada. Die israelischen Regierungen haben sich weder durch den entschlossenen Widerstand der Palästinenser noch durch über 100 UNO-Resolutionen zur Zurücknahme der Besetzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems bewegen lassen. Warum sollten sie auch: Die westlichen Mächte, die jetzt mit allen Mitteln für die „Befreiung" des völkerrechtswidrig besetzten Kuweits kämpfen, haben jener Besetzung nicht nur in aller Ruhe zugesehen, sondern durch ihre politisch-moralische Unterstützung und militärische Hilfe auch dafür gesorgt, daß der Widerstand aus der arabischen Welt gegen diese Besetzung zurückgeschlagen werden konnte.
Offenbar geht es nicht um Völkerrecht oder gar Moral, sondern um handfeste Interessen: Israel ist der vorgeschobene Brückenkopf für die westlichen Interessen am arabischen Erdölreichtum. Deshalb ist ein starkes Israel den westlichen Interessen nützlich, ein starker Irak dagegen (inzwischen) bedrohlich.
Geiselnahme ist bei der Durchsetzung solcher Machtansprüche ein von allen Seiten angewandtes Mittel: So wie der Irak von vorn herein angedroht hatte, sich für einen Angriff der USA mit einem Gegenschlag auf Israel zu rächen, so wurde in Israel noch vor Ausbruch des Krieges angekündigt, auf einen Giftgasangriff durch den Irak mit der endgültigen Vertreibung der Palästinenser/innen aus West-Jordanland zu reagieren.
Allem Anschein zum Trotz: Israel ist kein unbeteiligtes Land im Golfkrieg. Der Krieg der USA gegen den Irak ist zugleich der Krieg Israels gegen Palästina; er war es von Anfang an, noch bevor Saddam Hussein die Palästina-Frage für die Rechtfertigung seiner Politik eingespannt hat.
Mit den vertriebenen Palästinenser/innen verbreitete sich die Empörung über die Machtpolitik Israels in der ganzen arabischen Welt. Zu recht verband sie sich überall mit einem entschiedenen Anti-Amerikanismus, denn die Regierungen des Staates Israel hatten von Anfang an nicht die friedliche Koexistenz mit den arabischen Nachbarländern sondern die Rolle des Statthalters westlicher Interessen im Nahen Osten gesucht.
Nicht anders ist es zu erklären, daß die Menschen in den arabischen Staaten jetzt für Hussein auf die Straße gehen, selbst wenn die Regierungen dieser Länder offiziell einen anderen politischen Kurs eingeschlagen haben, und selbst da, wo die Menschen die denkbar schlechtesten Erfahrungen mit der irakischen Politik gemacht haben. Ohne die Besetzung Palästinas und die Vertreibung der Palästinenser wäre die Besetzung Kuweits durch Hussein nicht aufrechtzuerhalten gewesen. Die Weigerung der israelischen Regierung, hier nur einen Millimeter zurückzuweichen, hat dem irakischen Regime die politische Stärke und Rükkendeckung gegeben, daß es einen Krieg riskieren konnte. Die Kompromißformel Saddam Husseins: Rückzug aus Kuweit im Gegenzug für eine Nahost-Friedenskonferenz, drückt den Konsens in der arabischen Welt aus. Dshalb hat die Forderung des irakischen Diktators bei den Menschen in den arabischen Ländern eine einende Kraft, die auch die jeweiligen Regierungen (wie jetzt z. B. In Marokko) in die Defensive treibt.
Trotzdem weigert sich die israelische Regierung weiter beharrlich, der Einberufung einer Nahost-Friedenskonferenz mit Beteiligung der palästinensischen Organisationen zuzustimmen. Sie befürchtet, daß Israel damit seine Rolle als Drehscheibe westlicher Interessen im Nahen Osten verliert. Inoffiziellen Informationen aus Israel zufolge hat sich die israelische Regierung zum Stillhalten gegenüber den irakischen Raketen nur bewegen lassen, nachdem die USA versprochen haben, eine solche Nahost-Konferenz bis zum Jahr 2000 im UN-Sicherheitsrat zu torpedieren.
Wir wollen hier noch einmal klar herausstellen: Wir unterstützen die irakische Politik nicht, wir rechtfertigen auch die Raketenangriffe auf Tel Aviv und Haifa nicht, genauso wie kein Mensch auf der Welt die flächendeckende Bombardierung im Irak oder Kuweit rechtfertigen könnte. Bomben und Raketen treffen immer die Menschen und nicht die Politik der Herrschenden. Wir werden deshalb hier alle unsere Anstrengungen und Energien darauf verwenden, daß alle Kriegshandlungen sofort gestoppt werden. Darüber hinaus werden wird dem Anspruch der USA und seiner Statthalter und Verbündeten, mit dem Krieg die Oberhand über die politische „Ordnung" im arabischen Raum zu gewinnen, mit aller Entschiedenheit entgegentreten.
Unsere Forderungen sind:

—Sofortige bedingungslose Einstellung aller Kriegshandlungen
—Kein Geld, keine Waffen oder sonstige Unterstützung für diesen Krieg
—Sofortige Einberufung einer Nahost-Konferenz unter Beteiligung der palästinensischen und kurdischen Organisationen
—Räumung aller besetzten Gebiete von fremden Truppen
—Für das Recht aller Menschen auf ihre Heimat und auf ein selbstbestimmtes Leben

ITALIEN: AKTIONEN GEGEN DEN GOLFKRIEG - INFOFAX NR. 2

Dienstag, 22.1.91

Palermo: Treffen zwischen ArbeiterInnen und StudentInnen über den für den 23.1. geplanten Generalstreik. Die Spaltung innerhalb der Gewerkschaft wird offensichtlich: ArbeiterInnen, die für den Generalstreik eintreten, haben in der Gewerkschaft ein Koordinationskomitee gegründet.
10.000 StudentInnen und ArbeiterInnen demonstrieren trotz des Boykotts der Gewerkschaften in der Form eines lokalen Generalstreiks gegen den Krieg. Die Demo geht am US-Konsulat und am Bullenpräsidium vorbei.

Napoli: Permanente Vollversammlungen an der humanistischen Fakultät der Uni. Das COBAS (autonome Gewerkschaft) der Eisenbahner macht einen halbstündigen Streik.

Florenz: 500 Eisenbahner machen eine Versammlung.

Rom: Die streikenden Eisenbahner fordern nachdrücklich einen Generalstreik. ArbeiterInnen und Teile der Betriebsräte von vier Betrieben verurteilen scharf die Entscheidung der Gewerkschaften, nicht zum Generalstreik aufzurufen, und planen für den 25.1. eine Mobilisierung der ArbeiterInnen.
"ArbeiterInnen gegen den Krieg" sprechen sich für einen Generalstreik am 1.2. aus und bestimmen den 25.1. zum Mobilisierungstag.
Hunderte Polizisten und Carabinieri in Kriegsmontur belagern und durchsuchen eine ehemalige Teigwarenfabrik, in der ca. 2000 Immigranten eine Unterkunft gefunden haben. Einige schlafende Immigranten werden verprügelt. Alle werden ASOG-behandelt, ihre ganze persönliche Habe und ihre Ersparnisse werden beschlagnahmt. 1200 werden zum Polizeipräsidium gebracht, 600 werden im Laufe des Tages entlassen. Von den anderen hat man keine Nachricht, wahrscheinlich werden sie ausgewiesen. Es ist die erste große Operation gegen den "inneren Feind", hin zu einer Einrichtung von Internierungslagern wie für JapanerInnen während des 2. Weltkriegs in den USA. (Siehe auch 1.2.)

Piemont: 300 ArbeiterInnen, LeiterInnen und GewerkschafterInnen fordern den Generalstreik.

Padua: ArbeiterInnen der staatlichen Renten- und Krankenversicherung und StudentInnen machen vor der Banca Nazionale del Lavoro, die in Waffengeschäfte im Nahen Osten verwickelt ist, ein sit in und rufen zur Kündigung der Konten.
Demo mit 1000 SchülerInnen und StudentInnen. Auf dem Leittransparent: "Der einzige "General", der uns paßt, ist der Streik".

La Spezia: Zur "Verteidigung" der Werften, einer Fabrik und eines Kraftwerks fahren Panzer auf.

Turin: Der Kultusminister verhindert eine Vollversammlung der LehrerInnengewerkschaft. Der Minister will in den Schulen nur Kriegspropaganda haben.

Bozen: Ein tunesischer Arbeiter wird wegen seiner pro-irakischen oder besser gesagt anti-amerikanischen Haltung gegenüber einer Lokalzeitung entlassen.

Donnerstag, 24.1.91

Rom: Pressekonferenz der Immigranten in der besetzten Teigwarenfabrik. Uni-VV mit den Immigranten und Demo gegen die Razzia.

Mailand: In noch 30 Schulen wird der Unterricht bestreikt. Davon sind acht Schulen besetzt und die anderen in Selbstverwaltung. Die Forderung eines Generalstreiks wird in den Schulen und bei den DozentInnen stärker.

Catania/Sizilien: Das nationale Exekutivkomitee der SIRTI fordert den Generalstreik.

Turin, Messina, Perugia: DozentInnen, ForscherInnen und LeherInnen sprechen sich gegen den Krieg aus.

Viele andere Städte: Demos, Aktionen und Aufrufe von ArbeiterInnen, StudentInnen und SchülerInnen zum Generalstreik.

Freitag, 25.1.

Rom: Initiative von ArbeiterInnen zum Generalstreik, Versammlungen in vielen Fabriken, Demos, Flugblattaktionen. Sit in der StudentInnenbewegung gegen den Krieg vor der RAI (staatliches Fernsehen). Ein Hund mit einem Schild: "Lieber ein Journalisten-Hund als ein Hunde-Journalist".

Florenz: Versammlung von Delegierten aus zahlreichen Rüstungsfabriken und StudentInnen. Vorschlag eines Generalstreiks. Demo.

Turin: Bei der 50-Jahresfeier des Militärgerichts spricht sich der Militärstaatsanwalt für die Verhängung des Kriegsrechts aus, das u.a. die Todesstrafe durch Erschießen vorsieht.



Premierminister Andreotti:
"Gladio, Volksabstimmung, Mafia, Justizkrise, Defizit ... alles vergessen!"
"Saddam hat recht, es ist ein heiliger Krieg!"

Sonnabend, 26.1.

Florenz: Tausende demonstrieren gegen den Golfkrieg, auch eine Demo der in der CGIL organisierten ArbeiterInnen.

Mailand: ArbeiterInnen-VV in der Uni. Anwesend sind ca. 500 Leute mit Delegationen aus Turin, Reggio Emilia, Marghera, Padua, Rom und Tarent (sowohl COBAS als auch selbstorganisierte ArbeiterInnen und Betriebsräte). Es wird für einen Generalstreik bis zum 20.2. plädiert.

Verona: Demo mit 2000 Leuten und Sit in vor der SETAF (Nordeuropakommando der NATO).

Padua: Brandanschlag auf eine Tankstelle.

Sonntag, 27.1.

Livorno: Gewerkschaftsvertreter der Hafenarbeiter fordern den Generalstreik.

Foligno/Umbrien: Über 500 CGIL-Mitglieder stimmen für einen Generalstreik.

Sassari/Sardinien: CGIL-FührerInnen sprechen sich für den Generalstreik aus.

Padua: StudentInnen demonstrieren gegen den Krieg.

Freitag, 1.2.

Rom: Räumung der von Immigranten besetzten Teigwarenfabrik.

Sonnabend, 2.2.

Mailand: Räumung eines von Immigranten besetzten Gebäudes. 50 Immigranten werden ausgewiesen.

Innenschreiben von Dev Sol geben.+++3.2. Demo mit 20.000 TeilnehmerInnen zum US-Fliegerhorst

*** Göttingen:**

Mittwoch/Donnerstag: Die Zieten(?)-Kaserne - eine US-Kaserne - wird blockiert. Anschließend gehen die Leute zum Bahnhof undblockieren diesen stundenlang. Dann wird der Bahnhof geräumt. Anschließend gibt es eine Demo durch die Innenstadt, wo ziemlich viel Glas zu Bruch geht.

Ab Freitag: Es gibt total viele Mahnwachen. Es sind permanent 2.000 bis 3.000 Leute unterwegs. Zwei Tage lang gibt es überhaupt keinen Verkehr mehr, weil die Leute in Kleingruppen-/Einzelaktionen alles dicht machen. Auf vielen Häusern hängen Transparente, ziemlich viele Autos sind mit Trauerflor behängt. Die Uni streikt. Die Schüler und Lehrer machten eine Demo mit 2.000 bis 3.000 Leuten. Die Schüler und Lehrer sind auch im Streik. Es gab einige Verhaftungen.

Der Bürgermeister fordert mehr Polizei, obwohl total viele Bullen auf der Straße sind, sagt, ansonsten kann er die Situation nicht mehr in den Griff kriegen.

Samstag/Sonntag ist es eher ruhig. Die Leute ruhen sich mal aus. Aber ab Montag soll es weiter gehen.

*** Hamburg:**

Es hat zig Blockaden in der ganzen Stadt gegeben, von 5 Minuten bis zu einer Stunde Dauer. Es gab eine Blockade des Flughafens zwischen 10 bis 16 Uhr (vermutlich am Donnerstag), diese wurde mit Wasserwerfer- und Prügeleinsatz aufgelöst. Es gab eine Aktion mit einer 3 1/2 km langen Transparentkette zum Hafen, an der Tausende von Leuten beteiligt waren. Es gab dabei fast keine Bullen. An den Aktionen beteiligen sich ziemlich viele SchülerInnen; die StudentInnen streiken, die Schulen sind zum Teil geschlossen, weil die SchülerInnen auf den Aktionen sind.

Bis auf Samstag und Sonntag war jeden Tag eine Demo mit 30.000 bis 60.000 Leuten. Die Demos wurden von einem breiten Bündnis von DGB bis Autonomen gemacht.

Es gab schon ziemlich viele Hausdurchsuchungen und Festnahmen von AusländerInnen.

*** Bonn:**

Es gibt ebenfalls total viele Hausdurchsuchungen und Festnahmen von AusländerInnen.

SABOTIERT

Torrejon de Ardoz bei Madrid. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, den den Zugang abge:

*** Frankfurt:**

Am 17.1. gibt es um 2 Uhr früh eine Spontandemo mit 500 Leuten.

Bei einer versuchten Festnahme und einer Befreiungsaktion gibt es 2 Verletzte, Tränengas wird eingesetzt. Anschließend gibt es eine Scherbendemo mit ca. 30 Leuten, bei der Leute verhaftet werden.



Um 11 Uhr gibt es eine SchülerInnendemo mit 10.000 Leuten, und mehrere Blockaden. Die Blockade des Hauptbahnhofs wird durch Bulleneinsatz verhindert. Im Laufe des Tages gibt es dann noch viele kleine und eine große Studi-Demo und eine Demo der Gewerkschaft mit 15.000 Leuten.

Daimler-Benz wird entglast. Es wird total viel Bundesgrenzschutz eingesetzt.

18.1.: Es gibt viele Blockaden, eine Frauen-, eine SchülerInnen- und eine DGB-Demo. Um 17 Uhr gibt es eine Demo mit 1.000 Leuten, der schwarze Block wird ins Spalier genommen. Trotzdem ist es eine lustige Demo. Als die Demo in Bockenheim ist, werden 30 Leute in eine Gasse abgedrängt und durch eine Straßensperre eingekesselt. 25 Leute werden abgegriffen. und sitzen von 1/2 8 bis 1/2 1 Uhr im Knast. Sind aber nicht ED-behandelt worden. Begründung war zuerst, daß sie einen Autofahrer angegriffen hätten, dann hieß es nur mehr Sicherheitsverwahrung. Es gibt eine Demo 150 Leuten zum Knast, dort gibt es ziemliche Bullenprovokationen, 1 Mensch ist wird verletzt. Nachdem Wasserwerfer eingesetzt werden, zieht die Demo ab.

Am 19.1. hat es einen Aufruf gegeben, die Airbase zu blockieren, es wird aber dann demobilisiert. Der Bundesgrenzschutz und military police ziehen einen Ring um die Airbase. Trotzdem wollen 150 Leute blockieren. Es sind fundamentalistische Friedensheinis dort, die den Leuten das Einhaken ("gewalttätig") und laute, in ihren Augen gewalttätige Parolen verbieten. Es gibt dann eine gewaltfreie Blockade, bei der der Airbase-Verkehr aber weitergeht. Bis 17 Uhr werden es dann ca. 1.000 Leute, die aber um das riesige Gelände ziemlich verteilt sind. Es gibt Versuche zu blockieren, die Blockaden werden aber mit chemical mace (Giftgas; auch CN- und CS-Gas, das bei Bulleneinsätzen häufig eingesetzt wird, sind in kriegerischen Auseinandersetzungen geächtete Waffen - von wegen Giftgasangriffe) aufgelöst.

Um 12 Uhr gibt es eine Demo mit 8.000 bis 10.000 Leuten zur IG Farben. Als Kurden eine Ami-Flagge verbrennen, werden sie von fundamentalistischen Friedensheinis vom Bus runtergeholt und den Bullen ausgeliefert. Diese Friedensheinis treffen auch Absprachen mit Bullen, indem sie ihnen sagen, welche Leute schon und welche nicht festgenommen werden sollen. Z.B.: "Die Schüler dort laßt ihr in Ruhe, aber den Rest könnt ihr festnehmen."



Gleichzeitig gibt es genau dort eine zionistische Kundgebung.

Am 20.1. gibt es eine Veranstaltung mit Kurden, die die Situation in der Türkei unter Kriegsrecht schildern.

Am 21.1. soll die Börse blockiert werden.

Es sind bisher keine Razzien gegen AusländerInnen bekannt (In Frankfurt).

*** GB:**

In London gab es eine Demo mit 150.000 Leuten.

Es gibt eine Erklärung von den USA und GB, daß es keinen Blitzkrieg gibt und daß dieser Krieg lange dauern wird. Reservisten in den USA werden für 2 Jahre eingezogen. GB wird die Poll Tax doch wieder einheben (John Major hat u.a. deswegen Thatcher abgelöst, weil er versprochen hat, die Kopfsteuer abzuschaffen), um den Krieg zu finanzieren.

In GB gibt es ein Lager mit, in dem 5.000 Iraker gefangen gehalten werden.

*** Wien:**

Am 13.1. gab es in Wien eine Demo von Nähe Irakischer Botschaft, vorbei am Bundeskanzleramt zur US-Botschaft, an der ca. 3.000 Menschen teilnahmen. Am Montag, dem 14.1., gab es eine Demonstration von der Oper über die Fußgängerzone zum Stephansplatz, an der etwas weniger Leute teilnahmen (ca. 1.500 bis 2.000).

Am Tag des Kriegsbeginns, dem 17.1., demonstrierten um 18.00 Uhr ca. 2.500 Menschen vom Bundeskanzleramt zur US-Botschaft (d.h., bis ca. 100 Meter vor der Botschaft, weil dort die Straße abgeriegelt war). Eine für Mittag desselben Tages geplante Demo scheiterte an der geringen Beteiligung (ca. 50 Leute).

Am Montag, dem 21.1., soll eine Demonstration gegen den US-Kriegszug im Arabischen Raum stattfinden, wieder zur US-Botschaft.

In Wien gab es bereits einige Male falschen Bombenalarm, z.B. wurde in einem Hotel ein Paket "mit arabischer Aufschrift" von einem Spezialroboter des Sprengstoffkommandos der Polizei geborgen.

Wichtig: bis heute, Sonntag (20.1.) wurden mindestens 11 Iranische Personen festgenommen (einige unter dem Vorwand der "Urkundenfälschung"), wir wissen auch, daß Leute aus arabischen Ländern zur Fremdenpolizei vorgeladen wurden.



*** Spanien:**

In Spanien wurden sämtliche Urlaube und Zeitausgleiche für die Bullen gestrichen.

*** Frankreich:**

Hat das Kriegsrecht ausgerufen. Am Donnerstag wurden in Paris sämtliche Demos verboten. Wir wissen leider nicht, ob trotzdem welche stattgefunden haben.

* In **Los Angeles** hat es eine Demo mit 25.000 Leuten gegeben, in New York mit 100.000 Leuten.

AUTSCH-Redaktion zum SchülerInnenwiderstand

Wir waren so stolz darauf, ein neues Konzept erstellt zu haben, hatten gerade damit begonnen es zu verteilen und wollten die Sache ganz locker angehen, da ging der bisher verdeckt laufende Krieg im Golf in eine offene militärische Kampfhandlung über. Und auf einmal brodelte es in den Schulen - massenhaft gingen die SchülerInnen (wir natürlich auch) auf die Straße. Da wir immernoch eine recht kleine Redaktion sind und auch nur verdeckt arbeiten wollen, standen wir vor der Entscheidung: Raus auf die Straße oder Zeitung machen. Wofür wir uns erstmal entschieden haben ist, daß wir uns erst jetzt zur neuen "SchülerInnen bewegung" verhalten (ermutigt durch den Brief von SchülerInnen in der letzten INTERIM). Da wir aber immernoch bezogen auf spontane Äußerungen recht handlungsunfähig sind und dringend auf die Hilfe anderer SchülerInnen angewiesen sind (dazu später mehr) melden wir uns erstmal über die INTERIM.

Auch wir waren über die Ausmaße des SchülerInnenprotestes freudig überrascht. Daß so viele auf den Beinen waren, spontan Kreuzungen besetzt wurden, Schulen bestreikt wurden, militantere Aktionen einzelner SchülerInnen (Plünderungen, vereinzelter Glasbruch, Farbeierwürfe) von der Masse eher mit klammheimlicher bis offener Freude begrüßt wurden (Im Gegensatz zu anderen Demos, wo die Fronten sehr viel krasser verlaufen und sich viele der ach so klugen "Erwachsenen" gar nicht mal 'nen Kopf drum machen, ob militante Aktionen nicht doch ab und zu angebracht sein könnten, lieber "Ihr Arschlöcher!" brüllen, die Demo verlassen und die Militanten am liebsten anzeigen würden, anstatt sich solidarisch zu verhalten) und - am Anfang zumindest - auf das Gefasel von Eltern, LehrerInnen und selbsternannten "Demoführern" geschissen wurde, gab uns doch Anlaß zum Hoffen. Doch dann passierte das, was auch schon beim Schulstreik 88/89 geschah : Durch das offensive Vorgehen von Senat, LehrerInnen und gerade auch LSV wurde die Protestbewegung stark abgeschwächt und wieder staatstragende und höchstens noch reformistische Bahnen gelenkt. Gerade die LSV unter dem "SchülerInnenFÜHRER" Thymian Bussemer hat zur Eindämmung des Widerstandes beigetragen. Das finstere Verhalten Thymians auf Demos (Zusammenarbeit mit den Bullen, das Auffordern zum Blutspenden für verwundete Soldaten (!) über eine Bullenlautsprecherwagen (!!) etc.) das Aufrufen zum Veranstalten von Projekttagen an Stelle von wilden Streiks und Demos, um die SchülerInnen wieder in die Schulen zu holen, wo sie sehr viel kontrollierbarer sind, oder das Auftreten Thymians in der Abendsau als "Stimme der SchülerInnen", um seinen Führungsanspruch zu sichern und seine Meinung als Meinung der SchülerInnen allgemein hinzustellen, sind keine "Unfälle", sondern Ausdruck der Politik Thymians und der LSV.

Genau die gleiche Linie hat die LSV - Thymian war da auch schon SchülerInnensprecher (!!!) - im Schulstreik 88/89 verfolgt. Als sich damals der SchülerInnenprotest radikalisierte, von den reformistischen Anfangsforderungen nach Mehreinstellung von LehrerInnen (Anlaß war die geplante, massive Streichung von Schulstunden) zu radikaleren Forderungen von Zensurverbot und Streikrecht über autonomer Organisierung bis hin zur Abschaffung des Schulsystems kam, Schulen besetzt wurden (zeitweise waren 20 Schulen besetzt), sich autome Plena bildeten und die Möglichkeit kollektiven Lernens anstelle von dumpfen Einpaucken durch LehrerInnen ausprobiert wurde, die Situation dem Senat und den LehrerInnen über den Kopf zu wachsen drohte (in Verbindung mit der UNiMUT Bewegung, die gleichzeitig durch die Unis tobte), setzte sich die LSV hin, um dem Protest den Wind aus den Segeln zu nehmen. Da viele darauf vertrauten, daß von anderen SchülerInnen eigentlich nix böses

Regierung hat die Veröffentlichung von Mitteilungen von "Terrorgruppen" (" " die Säzz), im

kommen könnte, konnte sich die LSV Politikin einer breiten SchülerInnenmasse durchsetzen. Die LSV rief eine LandesschülerInnenkonferenz ein, wo jeweils 2 Delegierte von jeder Schule erscheinen sollten, dann dort ein Forderungskatalog aufgestellt wurde, der aber keine radikaleren Standpunkte mehr enthielt, so der autonome SchülerInnenaktionsrat mit seinen radikaleren Forderungen ausgebootet werden sollte und auch wurde und vor allem dazu aufgerufen wurde nicht mehr soviel zu streiken (zwar nicht offen aber die LSV fuhr ihr Ding nach dem Motto "Laßt doch das Kämpfen sein, wir machen das schon !"). Für jeden LSV-Schritt holte sich Thymian übrigens seinen Segen bei der Schulsenatorin. Danach zerfielen die meisten autonomen Strukturen, verstärkt durch die Repression (z.B Drohungen von Schulverweis) und durch die Resignation unter den SchüleInnen. Genau dies zeichnet sich jetzt auch wieder ab.
Damit kommen wir jetzt zur AUTSCH. Das soll nicht heißen, daß wir uns jetzt als neue SchülerInnenführung aufspielen wollen - quasi als LSV-Alternative - , sondern wir haben uns anhand dieser Erfahrungen gedacht, daß über eine regelmäßig erscheinende SchülerInnenzeitung bessere und längerfristigere Strukturen bilden können. Wenn sich haufenweise autonome SchülerInnenräte und - plena bilden würden, und die Zeitung in dieser Form überflüssig werden würde, würden wir das natürlich auf's Schärfste begrüßen.Dann wäre es wohl endlich Zeit für eine radikale Massenzeitung für SchülerInnen, getragen von diesen autonomen Strukturen. Aber soweit sind wir noch nicht.
Wir bieten deshalb die Möglichkeiten der AUTSCH an. Vorraussetzung dafür ist allerdings, daß dann mehr Menschen mitmachen - sei es als Artikel-SchreiberInnen oder als HandverkäuferInnen, denn wir sind eigentlich nur noch fähig, die Technics zu klären uns ab und zu auch mal was zu schreiben. Und mehr wollen wir auch garnicht machen.
ALSO: Falls ein Intresse dasein sollte, helft uns bitte!
Schreibt uns Artikel, Kritiken, Tips & Trix und was euch sonst noch so einfällt!
Zum Verkauf: Wer/Welche Bock hat, die AUTSCH zu verkaufen, soll sich bei uns melden. Die genauen Details regeln wir dann schriftlich. Aber: Bedenkt bitte, daß das Schreiben von Adressen an uns nicht ganz ungefährlich sein könnte. Also sucht euch was Sicheres - es gibt sicher einige Möglichkeiten, uns eine Kontaktadresse zukommen zu lassen, ohne daß die Bullen gleich wissen, wer/welche dahinter steckt. Seid kreativ!
Wär gut wenn sich einige aufrafen könnten, und diesen Brief vervielfältigen würden, damit er viele SchülerInnen erreicht. Von dem Flugi mit unserem neuen Konzept sind auch noch einige da (in Infoläden oder direkt von uns).
Wir hoffen, der Widerstand kann diesmal nicht so schnell zerschlagen werden!

VENCEREMOS
Autsch-Redaktion
Kontaktadresse: A. Müller, Plk 012396 C, 1/31

zur drugstore kündigung!
die BVG hat dem drugstore,potze,pallast und jugendcafe am 24.1.91 fristlos gekündigt.sie mussten oder wollten allen kündigen,da alle einen gemeinsamen mietvertrag über das bezirksamt haben.der grund ist: das wir,drugstore und potze,2 transparente aufgehängt haben,was wir laut mietvertrag nicht dürfen.auf dem potzetranspi stand:für dieses leben sind wir nicht anspruchslos genug!das bezirksa.hängte es eigenmächtig ab,da es zugang zur potze hat.ins drugstore kommen sie nicht,deshalb BLEIBT ES HÄNGEN!!!der inhalt ist:



es ist lächerlich,daß die BVG ein anti-kriegstransparent zum anlass nimmt uns nach 19 jahren aus unseren räumen zu schmeißen,während die kriegsmaschenerie tausendfach mordet.
ein anderer grund warum es hängen bleibt ist,daß wir uns jetzt gegen so eine sauerei wehren müssen,damit unser fall kein präzidensfall für reaktionäre hausbesitzer wird und vielen menschen die so harmlos ihren protest ausdrücken gekündigt wird.gemeinsam gegen die anti-kriegskriminalisierung!

etwas zu dieser BVG geschichte:
die BVG kaufte 1986 das haus potze 180/182 vom bezirksamt unter der bedingung,daß die jugendeinrichtungen drin bleiben.das sie uns nicht haben wollen ist ganz klar,schon dieser vertragsentwurf der BVG sagt alles:

> Anbringen von Reklameschildern und Transparenten
>
> Das Anbringen von Reklame- Hinweis- und Dienstschildern ist nur nach schriftlicher Genehmigung des Vermieters gestattet. Grundsätzlich ausgeschlossen sind:
>
> Politische Plakate, Transparente, Spruchbänder und jede Art und Weise von Kundgebungen innerhalb und außerhalb der Gebäude.

sie wollen uns politisch mundtot machen und uns auch auf anderen ebenen schikanieren z.b.dürfen wir den fahrstuhl nicht mehr benutzen, drugstore und potze sind im 2 stock;das heißt,körperlich behinderte haben keinen zugang.und das wo sich die BVG so"behindertenfreundlich"zeigt und nun endlich nach jahrelanger forderung einige zugänge für behinderte möglich macht.auch gibt es im drugstore eine druckerei und das dafür nötige papier 25 kg pakete müssen hochgeschleppt werden genauso wie kistenweise getränke für soli-konzerte,was umsomehr nervt da wir alle umsonst in unserer freizeit arbeiten.

eine kurze selbstdarstellung:
das drugstore ist das letzte selbstverwaltete jugendzentrum in berlin es ist vor 19 jahren im zuge der ajz bewegung entstanden umberechtigte interessen durchzusetzen,probleme klar zu kriegen gemeinsam zu handeln und spaß zu haben.entscheidungsgremium ist das plenum das möglichst konsensentscheidungen trifft.einige machen veranstaltungen,feten,solikozerte.es werdenjetzt öfter sonntags filme gezeigt,es gibt einen übungsraum ,einige machen druck und üben sich im herstellen verschiedener druckerzeugnisse.sonntags gibt ein frühstückscafe und mittwochs ist antifa jugendcafe.

nach einer radiosendung in radio 100 haben leute gefragt wie sie uns unterstützen können.
die BVG ist auf ihre telefone angewiesen,die nummern sind leicht zu erfahren,ruf doch mal an!!

unterstützend wäre es auch wenn leute wieder mehr politische inhalte ins drugstore bringen,weil wir paar leute uns schon am organisationsscheiß aufrauchen!
andere aktionen sind in planung wir wollen erstmal den do.7.2. abwarten und sehen ob die BVG ihre kündigung zurück zieht.
ansonsten ist der phantasie einzelner keine grenze gesetzt,es gibt genug gründe!

wenn die BVG es wissen will,VV!!

eins is klar,wir bleiben,sie müssen uns schon vertreiben!

drugstore kollektiv



Ich will zweimal meckern.
Erstens über den Umgang der Interim mit den Anschlägen auf Deutsche-Bank-Filialen vor kurzem:
Es reicht doch wohl nicht, Erklärungen und nen Tagesspiegel-Artikel nebeneinander zu packen und eine Woche später nachzuschieben, die Bauanleitung sei nicht gedruckt worden, weil der Ablauf zeige, wie ungenau Säurezünder wären... Da muß doch mal deutlich nachgehakt werden: Was ist das für eine Bauanleitung? Basiert sie auf der "herkömmlichen" Methode, bei der Säure und Benzin in einem Behälter sind, den die Säure zerfrißt,* in Kontakt mit dem außerhalb befindlichen Natriumchloratgemisch kommt, dieses entzündet und so das Benzin hochgehen läßt? Wenn ja, dann sind die Staatsschutz-Angaben im Tagesspiegel offensichtlich falsch, denn das hat mit Luftkontakt nix zu tun. Das heißt, zuerst hätte mal gesagt werden müssen, ob der Zeitungsartikel ne Bullenlüge ist oder ob er mit der Anleitung in Übereinklang zu bringen ist! Denn wenn es tatsächlich Leute geben würde, die Zünder machen, die beim Öffnen eines Briefes reagieren, und die dann in Bankbriefkästen stecken (und nicht etwa bei Bush persönlich abgeben), wäre ja wohl klar, daß das absolute Volldeppen oder Bullen sind!
In jedem Fall müssen die Leute, die die Dinger gemacht haben, sich dazu äußern. Angenommen, die Sache war so geplant, daß die Briefe in den Bankbriefkästen hochgehen: Was ist schiefgegangen? Oder ist etwa alles, was in der Zeitung stand, gelogen? Wenn ja, wieso sagt ihr das dann nicht längst? Nach allem, was bisher zu lesen war, finde ich die ganze Aktion höchst zweifelhaft. Die Erklärung besteht fast nur aus teilweise veralteten Zitaten, da ist nix eigenes von der Gruppe zu erkennen. Der Ablauf ist unklar, vorsichtig ausgedrückt.
Eigentlich hätte all das schon in der vorletzten Interim stehen können (sollen! müssen!). Falls der Streß es verhindert hat, naja, immer noch besser, als wenn es euch nicht aufgefallen ist.

*grobe Beschreibung! Keine Anleitung! nur das klar ist, wie das Prinzip ist!

Und das zweite:
Ich weiß nicht, ob ich jetzt völlig danebenliege, weil ich in den entsprechenden Zusammenhängen nicht drinstecke. Aber ich habe den Eindruck, daß unser Umgehen mit dem Golfkrieg bisher ziemlich wenig diskutiert und hinterfragt wird unter uns. Inhaltlich gibt es da sicher Stoff für endlose Debatten (mir fällt da grad der Text der I.G.Nahost/Palästina ins Auge, wo mit Faschismus und Zionismus jongliert wird, und zwar nicht besonders treffend finde ich); ich meine jetzt aber mehr unser politisches Vorgehen. Ich knüpfe da etwas an den Beitrag von "Stöpsel" aus der letzten Interim an, auch wenn ich den Text ziemlich moralisch und beleidigt finde.
Was hat unser Handeln in den letzten zwei Wochen bestimmt - persönliche Betroffenheit oder politische Strategie? Ich meine,das erste, und damit haben wir uns von den hunderttausenden FriedensdemonstrantInnen kaum unterschieden. Wir sind keine K-Gruppen-Menschen (oder?), und persönliche Wut und Betroffenheit macht einen wichtigen Teil unserer politischen Identität aus, und somit auch unserer Politik. Soweit sogut. Insofern kann ich zum Beispiel verstehen, wenn Leute sagen "jetzt ist Krieg, jetzt muß es abgehen". Etwa auf der Großdemo vom 17.Januar.
Politisch finde ich das aber nicht richtig. Ganz abgesehen davon, daß ich nicht sehe, was die Formel "möglichst hoher Glasschaden" mit der politischen Stoßrichtung der Demo zu tun hatte (ist "Wohnen 2001" automatisch zum Abschuß freigegeben, weil eine RZ da mal gezündelt hat, z.B.?), hätte ich es auch dann nicht richtig gefunden, wenn gezielt nur Banken und Rüstungsbetriebe angegriffen worden wären. Nicht, weil ich die so toll finde, sondern weil ich finde, wir sollten uns unsere Ziele nach inhaltlicher und politischer Bestimmung aussuchen und nicht nach Gelegenheit "prima, keine Bullen da, jetzt können wir!"
Der Krieg hat gerade erst begonnen. Die anfängliche Betroffenheit vieler Leute läßt schnell wieder nach. Für uns wäre es jetzt wichtig, die vielen Friedensbewegten für radikalere Inhalte zu öffnen (wie immer, nicht nur, wenn es um Krieg geht). Da können wir nicht mit der Brechstange



Saana, Jemen auf die Botschaften Japans, der Türkei und der USA. Und am 3.2. auf die italien

loslegen, sondern müssen uns auf eine langwierige Entwicklung vorbereiten. Viele Menschen verbinden, wie sich ja schon in der Friedensbewegung 83/84 gezeigt hat, mit Krieg vor allem die Bedrohung ihres eigenen ruhigen Lebens. Sie lassen sich, wie die Großdemo in Bonn wohl gezeigt hat, leicht von den Herrschenden und ihrer veröffentlichten Meinung beeinflussen. Wir müssten versuchen, einen anderen Weg zu zeigen. Ein passendes Beispiel ist für mich die große Demo gegen den US-Außenminister Haig 1981 in Berlin. Allerdings war das Kräfteverhältnis zwischen militanter Politik und Friedensbewegung damals für uns günstiger. Auch damals gab es eine Riesendemo von über 50.000 überwiegend Peacnik-Leuten, mit einem starken militanten Block, der die Demo geschlossen mitmachte, einigermaßen organisiert war (damals gabs ja auch ne längere Vorbereitungszeit) und aus der Demo heraus fast keine militanten Sachen machte. Während der Abschlußkundgebung war dann klar (und wurde über Lautsprecher gesagt): Alle, die wollen, gehen jetzt Richtung Rathaus. Und dann erst gings ab.
Am 17.1. wäre genau so eine Demo möglich gewesen: Eine Demo mit autonomen Block und danach - natürlich zum US-Konsulat. Als es soweit war, war offenbar fast nix vorbereitet, viele waren wegen der Abläufe in Schöneberg schon abgehauen, und dann haben die ersten am Konsulat auch gleich blind losgelegt. Als dann die Bullen zuschlugen, rannten alle auseinander. Dabei wäre der Angriff auf das Konsulat als militanter Schwerpunkt der Demo möglich und richtig gewesen. Stellt das mal nebeneinander: Scheiben beim KaDeWe kaputt - US-Konsulat angegriffen. Was verbinden Leute auf der Straße wohl eher mit dem Golfkrieg, womit können sie eher was anfangen? Natürlich wäre so etwas für die Bullen kalkulierbarer gewesen, es hätte mehr Verletzte/Verhaftete geben können. Aber das allein kann ja wohl nicht das Kriterium sein. Wir machen doch keine Demos, um in Ruhe Scheiben einzuknallen, sondern um militante Politik zu transportieren, die verstanden werden kann! Wenn wir feststellen müssen, daß wir nicht in der Lage sind, mit politischer Strategie an die Situation ranzugehen, dann sollten wir auch vorsichtiger sein mit dem, was wir machen, sonst wird uns von außen was aufgedrückt. Wenn ich von außen gefragt werde, was denn das mit den Scheiben am 17.1. sollte, hab ich schon keine Lust mehr, so was zu verteidigen, weil in meinen Augen hier die Grenze zwischen militanter Politik und reinem Abreagieren ins Schwimmen gerät. Genauso wenn bei einer Demo am Tage Scheiben eingehauen werden, hinter denen noch Menschen sind. Selbst wenn es löblicherweise mit Hämmern gemacht wird, bewirkt es bei denen Angst, sogar panische Angst (selbst schon gesehen). Um das nur mal klarzustellen: Ich bin kein Feind von Glasbruch und so was. Eigentlich ein Witz, daß so eine Ehrenerklärung immer dazugeschrieben werden muß, um nicht zum Schwein erklärt zu werden.

Fazit der beiden Kritiken: Militanz gebongt, aber mit Köpfchen. Ende.

Sven Glückspilz



Berlin, Im Februar 1991

Hallo Ihr,

seit dem 24.1.91 gibt es die Zeitung "Gegen den Krieg".
Zwei Nummern in einer Auflage von je 50.000 Stück sind mittlerweile erschienen. Die Zeitung repräsentiert die außerparlamentarischen Teile der Anti-Kriegs-Bewegung. Seit der zweiten Ausgabe gibt es eigene Seiten der Frauen- und Lesbenredaktion.
Wir berichten von verschiedensten Aktionen gegen den Krieg im In- und Ausland und versuchen die Hintergründe des Kriegs am Golf darzustellen.
Damit die Zeitung weiterhin erscheint und die verordnete Medienzensur durchbrochen werden kann, brauchen wir dringend finanzielle Unterstützung.
Jeder finanzielle Beitrag, egal in welcher Höhe, wird gebraucht..

Deshalb bitten wir Euch, heftigst zu spenden.................

Viele Grüße, die MacherInnen der Zeitung "GEGEN DEN KRIEG"

Spenden auf das Konto: V. Eick, Konto-Nummer: 640 195 130, Sparkasse Berlin Bankleitzahl 100 500 00

Gegen den Krieg
c/o PROWO
Eisenbahnstr.4
1000 Berlin 36
tel: 6188003



ische Botschaft.+++30.1. "Das Öl gehört den Armen und nicht den Emiren", Demo mit 15.000 Teil

BETR.: VOLXSPORT IN BANKBRIEFKÄSTEN DER DEUTSCHEN BANK, REAKTION DER INTERIMREDAKTION (NR.130 UND 131)

Zunächst einmal etwas dazu wie bei einigen die Reaktion auf die Meldung im Tagesspiegel war.
Gesetzt den Fall, der Zeitungsbericht käme der Wahrheit nahe, so erweckte die Aktion bei uns den Charakter einer Staatsschutzaktion. Brandsätze, die einerseits das Bankpersonal gefährden und andererseits z.T. in Wohnhäusern deponiert werden, können nicht aus den Reihen der militanten Linken kommen.
Die Veröffentlichung in der Interim,d.h. unkommentierter Abdruck der Erklärung zusammen mit dem Tagesspiegelartikel hat diesen Eindruck nicht abgeschwächt, zumal uns die Erklärung relativ konstruiert erschien. Eine Prise faschistische Kontinuität bei der Deutschen Bank, zwei Prisen Daimler, nachzulesen im Daimler-Benz Buch, das ganze auf dem Stand von vor ein paar Jahren und eine Prise "Kill a multi", eine Parole, die in der Shellkampagne Verwendung fand.

Nach einer Woche Zeitvorgabe (Zeit zum Reagieren der Gruppe und der Zeitung) stand in der Interim ein lapidar-technischer Kommentar, daß die Bauanleitung, die Teil der Erklärung war nicht mitveröffentlicht wurde, und das Interim so etwas nicht tut.
Finden wir richtig, dennoch fehlt von interim jede inhaltliche Stellungnahme zu der Geschichte. Fehler kommen immer vor, zumal in so gestreßten Zeiten, aber in der nächsten Ausgabe hätten wir eine redaktionelle Stellungnahme erwartet.
An die Gruppe, die die Aktion gemacht hatte: Es ist ein Grundprinzip autonomer militanter Politik, daß Unbeteiligtes Menschenleben bei Aktionen zu schützen ist. Wer macht in einer Bank Briefe auf? Doch bestimmt nicht der Herrhausennachfolger sondern irgendein Lehrling. Wir gehen davon aus, daß dieses Ergebnis von Euch nicht beabsichtigt war.
Dann müßt Ihr dazu Stellung nehmen gegenüber der radikalen Linken, am besten aber auch gegenüber den betroffenen Bankangestellten z.B. in Form eines Briefs an den betriebsrat o.Ä.
Eine technik, die so unpräzise ist, kann für solche Aktionen nicht verwendet werden. Es fließen zu viele Unsicherheitsfaktoren mit ein, Wie konzentriert ist die Säure, wie alt war die Folie, wie präzise und rein die Mischung, wie hoch die Luftfeuchtigkeit, die Reaktionstemperatur, wie rum lagen die Behälter im Briefkasten usw?
Wir erwarten eine Stellungnahme, einige GenossInnen.

Stellungnahme zur Interim 132 "Im Oktober 199o hat ein Typ..."

Der Zusammenhang, der hier grob verallgemeinert als Berliner Antifa-Szene dargestellt wird, war ein Antifa Zsammenhang, den es seit über einem Jahr nicht mehr gibt.
Noch bevor dieser Zusammenhang auseinanderging, hat der Mensch, um den es hier geht, ihn verlassen und soweit wir wissen aufgehört aktiv Politik zu machen.
Da also der betroffene Zusammenhang nicht mehr fortbesteht, ist es nicht verwunderlich, daß auch keine gemeinsame politische Erklärung zu diesem Geschehen abgegeben wurde. Das heißt nicht, daß sich die Menschen,die ihn kennen, keine Auseinandersetzung darüber führen.
Es ist aber die Frage, obdiese Auseinandersetzungen öffentlich in der Interim geführt werden sollen.

Leute, die ihn kennen

FRAUENAKTION IN MÜNSTER

WIR HABEN VOM 27.1. AUF 28.1. DIE GUNST DER NACHT GENUTZT UND 2 sexSHOPS AUF DER HAMMERSTRASSE BESUCHT!
DORT HABEN WIR AUF UNSERE ART UND WEISE UNSERE WUT ÜBER DEN KRIEG AM GOLF ZUM AUSDRUCK GEBRACHT UND HINTERLIEßEN IHNEN ZERTRÜMMERTE SCHEIBEN, FARBE IN DEN EINGÄNGEN UND FOLGENDEN SPRUCH AN DER HAUSWAND:

NATO- SOLDATEN AM GOLF
ERST TÖTEN, DANN SEX
KRIEG BRAUCHT PROSTITUTION UND VERGEWALTIGUNG

WEITERSAGEN, NACHMACHEN!

GEGEN DEN "REIBUNGSLOSEN" ALLTAG HIER!

30.1.91

WIR HABEN HEUTE IN MEHREREN MC. DONALDS FILIALEN DIE TOILETTEN ZUZEMENTIERT

PIRATINNEN GEGEN DEN GOLFKRIEG !

KÖLN.

DEUTSCHE WAFFEN DEUTSCHES GELD
MORDEN MIT IN ALLER WELT
TEIL9837: DER GOLFKONFLIKT

- wer sich in krisenzeiten fettverdient
- und darum krisen produziert
- wer die armut des trikont ausnutzt und so deren verschuldung in schwindelerregende höhen treibt
- wer eine entscheidende rolle in iwf und weltbank spielt
- wer sich am brd-rüstungsgeschäft fettverdient

könnte gefahr laufen, sich auf der "liste der anschlags-relevanten objekte" wiederzufinden
so geschehen mit der deutschen bank, deren filiale in der spandauer sandstr. wir in der nacht vom 3. auf den 4. 2. aus aktuellem anlaß niederbrennen wollten. leider stellte uns die scheibe vor unerwartete probleme, und so wurde das loch nicht groß genug, um unsere höchst brisante, brennbare flüssigkeit einzufüllen. anzünden konnten wir aber trotzdem die gardinen. um die entwicklung des brandes weiter zu beobachten, hatten wir leider nicht genug zeit

wir fordern:
- weitere anschläge auf das internationale kapital
- freies selbstbestimmungsrecht des palästinensischen und kurdischen volkes
- us-imperialisten und deren mittäter - raus aus dem golf

- für ein selbstbestimmtes leben ohne knäste
- für eine starke revolutionäre 1. Mai demo

schafftrevolutionäre verhältnisse -
sabotiert
boykottiert
desertiert
plündert

Gefälschte Schreiben zu „Krisensonderabgabe"

Die Senatsfinanzverwaltung warnt vor gefälschten Schreiben, in denen aufgefordert wird, „angesichts der Kriegslage im Nahen Osten" eine einmalige „Krisensonderabgabe" auf ein ebenfalls in dem Schreiben genanntes Konto zu überweisen. Die Abgabe betrage 15 Prozent des monatlichen Bruttoeinkommens, heißt es in den Flugblättern, die bisher vorwiegend in die Briefkästen Kreuzberger Haushalte geworfen worden sind.

Die Kontonummer gehöre zu einem Charlottenburger Finanzamt, und auch die im Schreiben genannten Telefonnummern existierten tatsächlich, sagte ein Beamter der Finanzverwaltung. Die „Krisensonderabgabe" gebe es jedoch nicht. Bei diesen Schreiben handele es sich „um einen gezielten Versuch, die Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen am Golf zu verunsichern", warnte die Finanzverwaltung gestern in einer Mitteilung. (Tsp)

MITTWOCH, 30. JANUAR 1991

nehmerInnen in Amman.+++30.1. Bayern hat 2 Angehörige einer kurdischen Familie in die kurdische

AUFRUF



Am 7. Januar hat das Landgericht Hamburg die Kündigung gegen den Verein Hafenstraße ausgesprochen. Das Urteil ist Folge des Pachtvertrags, der auf Grund nichtiger Anlässe die Kündigung aller BewohnerInnen ermöglicht - letztendlich soll wegen der Beschmutzung eines Mantels der Lebenszusammenhang von 13o Leuten zerstört werden.

Für den Nachmittag nach der Urteilsverkündung wurde kurzfristig zu einer Demonstration aufgerufen und es kamen über 4ooo Leute. Die Demo war bunt, lebendig und laut und gab uns allen Kraft für weitere Aktivitäten in Stadtteilen, Schulen, der Uni, in Gewerkschaftsgruppen usw. Nicht nur in St.Pauli, sondern aus allen Ecken war spürbar, daß es den Leuten nicht egal ist, was weiter mit der Hafenstraße passiert.

Nach dem ersten Triumphgeheul von Senat und Medien nach dem Urteil wird seit einiger Zeit die akute Räumungsgefahr heruntergespielt.
Trotzdem:

- steht die Ankündigung Voscheraus, die Häuser bis zur Bürgerschaftswahl am 2.Juni zu räumen, nach wie vor.
- versucht Hafenrand-GmbH-Chef Dirksen den Gerichtsvollzieher gerichtlich zu zwingen, die Räumung voranzutreiiben.
- sperrt das Sozialamt trotz weiter bestehender Einzelmietverträge der BewohnerInnen die Mietzahlungen an den Verein Hafenstraße. Ohne diese Gelder geht der Verein in kürzester Zeit Pleite, die Häuser sind ohne Strom und Wasser und auf diese Weise zur Räumung freigegeben.
- gibt es weiter Abrißverfügungen gegen die Häuser: für einen Teil der Häuser stammen sie bereits aus dem Jahr 198o und werden mit "Unbewohnbarkeit" begründet - eine Behauptung, die die jahrelange kostenaufwendige Renovierungsarbeit der BewohnerInnen außer Acht läßt. Für einen anderen Teil der Häuser sind die Abrißverfügungen neueren Datums und stützen sich auf den Bebauungsplan St.-Pauli-Süd: Dort, wo heute die Hafenstrassen-Häuser stehen, sollen demzufolge die Firmen Gruner & Jahr und Tchibo Bürohäuser errichten - Tchibo hat mittlerweile in der City-Nord gebaut, Gruner & Jahr ist vor kurzem in die neuen Räume am Baumwall eingezogen.
- sind die Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft wegen §129a gegen Leute aus der Hafenstraße keine Propagandablase: auf ihrer Grundlage hat die Bundesanwaltschaft inzwischen die Verfahren auf ca. 6o Leute in Stuttgart, Münster und Hamburg ausgeweitet.

Die Hafenstraße **ist** akut bedroht.

mindestens 10 AraberInnen mit Meldeauflagen belegt wurden.+++ Zwischen 50 und mehreren 100

Inzwischen hat der Völkermord der USA und ihrer Verbündeten an den Völkern im Nahen Osten begonnen, der Krieg für die "Neuordnung der Welt" (US-Präsident Bush). Wir hatten zunächst Schwierigkeiten, angesichts der massenhaften Vernichtung von Menschenleben an der Demonstration zur Hafenstraße festzuhalten. Es ist uns aber klar geworden, daß ihre Weiterexistenz für uns in einer außen- und innenpolitisch verschärften Situation erst recht notwendig ist - wir brauchen die Hafenstraße und die Erfahrungen aus den Auseinandersetzungen um ihre Durchsetzung für uns, für unsere Vorstellungen von Leben und Widerstand, für alle, die sich hier was anderes vorstellen können.

Wir sehen in der Hafenstraße den Versuch, das Leben nach den eigenen Bedürfnissen in die Hände zu nehmen, gegen die herschenden Normen und Zwänge: zusammen und nicht isoliert, ohne oben und unten, ohne Strafe und Ausgrenzung. Das setzt Hoffnungen und Kräfte frei, weit über die Hafenstraße hinaus, auch wenn es nicht glatt und ohne Probleme ist.
Aus dem Leben in der Hafenstraße sind immer wieder Initiativen zu politischen Fragen gekommen, sei es zur Intifada oder zum Kampf der politischen Gefangenen für ihre Zusammenlegung.

Die Hafenstraße ist ein lebendiger Widerspruch zu Profitinteressen und zur Senatspolitik, die Hamburg rücksichtslos z.B. gegenüber Wohnungssuchenden und Obdachlosen, Flüchtlingen und Armen zu einer glitzernden EG-Metropole umgestalten will.

Wir lehnen jeden Versuch des Senats ab, diesen gesellschaftlichen Widerspruch mit gewaltsamen Mitteln zu beseitigen.

Wir fordern den Senat auf, seine Linie der Eskalation aufzugeben.

Geht mit uns auf die Straße und kommt zur

DEMONSTRATION

Samstag, 9.2.1991 um 11.00 Uhr
Gerhard-Hauptmann-Platz

HAFENSTRASSE BLEIBT !
Die Häuser denen die drin leben !

BLOCKIERT - SABOTIERT - DESERTIERT



(die Angaben schwanken) IrakerInnen und PalästinenserInnen wurden bisher in Großbritannien ver

HAUSBESETZUNGEN IN IRUÑEA (PAMPLONA) DER KAMPF GEHT WEITER!!!!

Vorneweg ein paar erklärende Sätze zur Situation in IRUÑEA:
IRUÑEA ist die Hauptstadt der(baskischen) Provinz Nafarroa(Navarra) und hat ca. I5o.000 Einwohner. Die Situation der "Jugendlichen" ist geprägt von Arbeitslosigkeit(es gibt hier kein Sozi o.a.) Wohnen im Haus der Eltern,Alk,Drogen und Langeweile(kein Jugendzenrum,NIX)Es ist sogut wie unmöglich geworden irgendwo eine billige Wohnung zu finden,es werden in einem Wahnsinnstempo alte Häuser abgerissen und überall neue Isosilos gebaut.Aber es gibt ebeb auch ne Menge alter leerstehender Häuser und Wohnungen, allein 7000 in der Altstadt,viele davon gehören der Kirche.(Iruñea ist der Hauptsitz des OPUS DEI und selbst die Uni gehört der Kirche)Die politische linke Szene setzt sich aus den Leuten der verschiedenen pol. Parteien, den Totalverweigerergruppen,den "Ökos",den InternationalistInnen und ca.50 "Autonomen" zusammen, die in sich auch sehr verschieden sind.

5 Jahre nach den letzten Besetzungen in Iruñea,die alle nach wenigen Std. abgeräumt wurden und nach einigen vergeblichen Anläufen schlugen die„OKUPAS" wieder zu.Am So,23. Dez.wurde erstmal die "Plaza del Castillo"(das zentrum der Altstadt)besetzt und mit Transpis Sprays,Fahnen etc.umgestaltet.Es gab öffentliche Veranstaltungen(Z.B.zum Autobahnmonster Irunea S=Sebastian) Essen,Txokolatada(so ne Art Nachmittaggtee mit viel Schokoschmiere jegl.Art Feuerspucken,Marionettentheater,Infos usw.AM Mo,24.Dez. um 8 uhr morgens wurde der Platz brutal geräumt mit der absurden Begründung,die„OKUPAS"würden den Platz als Wohnraum nutzen und somit sei die Besetzung Hausfriedensbruch. Es gab insg.6 Festnahmen(willkürlich) 2 davon werden einen Prozess kriegen.

Ausserdem bezahlte die Stadt Arbeiter des Privatunternehmens "Focsa"die den überdachten "Kiosko",indem die OKUPAS schliefen und ihre Sachen hatten abräumten und alles kurz und klein schlugen.Doch die OKUPAS gaben nicht auf und besetzten den Platz von neuem,um dort ein öffentliches Heiligabendessen für alle ohne Dach überm Kopf zu organisieren.Bis 3 uhr morgens wurde rund ums Lagerfeuer getanzt und ein Wettschiessen auf I000de von Birnen de Weihnachtslichterketten veranstaltet (aus Protest gegen die Verschwendung öffentlicher Gelder)Am 25.mittags wurd

haftet. Sie stellen ein Sicherheitsrisiko dar. Ein Lager für Kriegsgefangene wurde in Salisbury

dann ein Haus des "INSERSO"(Inst. für soziale Dienste) besetzt,in dem seit I8 Jahren nur die Ratten hausten.Die Provinzdirektorin des INSERSO veranlasste jedoch die sofortige Räumung,wobei die Bullen mit brutaler Gewalt gegen die passiv wiederstandleistenden OKUPAS im Haus und auf dem Dach vorgingen.I2 Menschen wurden unter Tritten und Schlägen verhaftet.
Sofort zogen die übrigen los,um die Freilassung der Verhafteten zu fordern und zu einer Demo gegen Repression und für das Recht auf billigen Wohnraum aufzurufen.Zu dieser Demo kamen dann ca. 300 Menschen.Sie wurde unterstützt von Batzarre(Bündnis der komm.Linken)Iraultza Taldeak und Kemen (Jugendorganisationen der trotzk./komm. Parteien)Herri Batasuna und ihrer Jugendorg. Jarrai(die in Gemeinden,wo sie die Mehrheit haben Besetzungen von autonomen Gruppen z.Tl. brutal räumen lassen)und dem Nachbarschaftsverein der Altstadt.Nach der Demo wurde die "plaza del castillo" wieder besetzt und eingerichtet woraufhin am 27. um 4 h früh die Bullen wieder räumten und alles Info-und Propagandamaterial zerstörten.Mittags besetzten daraufhin ca. 30 Menschen den Sitz des "INSERSO" und forderten ein Gespräch mit der Direktorin(um zu hören,was sie zu I8 Jahren Leerstand und Besetzung eines Gebäudes der Sozialbehörde zu sagen hat)Natürlich war kein Dialog möglich und so zogen die OKUPAS wieder ab-nicht ohne den ganzen Bau ausgiebigst mit ihren Forderungen an Decken,Wänden Fluren etc.Verschönert zu haben.Weil inzwischen weder das Besetzen von Häusern noch von Plätzen oder sonst.öffentl. Strassenland aussichtsreich erschien,wurde noch am selben Abend die Kathedrale besetzt aber der Erzbischoff wollte nicht mal an Weihnachten eins seiner vielen leeren Häuschen rausrücken und rief die Bullen,die schwerbewaffnet!!!(dem Gesetz nach darf NIEMAND inner Kirche Waffen tragen)räumten.Am Tag drauf gab's dann nochmal ne Demo mit ca. I00 Menschen während der die Fassaden von Rathaus,Erzbischofftum,Kathedrale Konvent und die Strassen der Altstadt besprüht wurden.Die meisten Sprüche und Gemälde wurden noch in derselben Nacht von der Privatfirma "Focsa" entfernt.Am 29. wurde nochmal ein grosses Essen an den alten Stadtmauern organisiert und versucht,mit den NachbarInnen des zuletzt besetzten Hauses(das "INSERSO"Haus grenzt an ein Abschiebeheim für Alte)Kontakt aufzunehmen,was schliesslich die herangerufenen Bullen verhinderten.
Am 30.Dez. war es dann wieder soweit:Wahrend sich ca.I00 Menschen auf der Plaza del Castillo versammelten,besetzten 25 andere ein Haus im Stadtteil Rotxapea.Die Menschen vom Platz formierten eine Demo zum Haus und dann wurde mit Aufräumarbeiten,Kochen,Putzen,Jointdrehen etc. begonnen.Es stellt sich bei Gesprächen mit Nachbarinnen raus,dass das Haus einer Privatspekulantin gehört,die noch mehrere leere Häuser besitzt,während im Grundbuchamt eine nichtexistierende Immobilienfirma angegeben war.Doch während einige schon loszogen,um auf die Besitzerin Druck auszuüben,greifen die Bullen überraschend an und räumen.Es werden von allen die Personalien überprüft und 8 Typen willkürlich verhaftet.Doch nach der ersten Schlappe gelingt es das Haus gleich wieder zu besetzen und diesmal werden gleich Fenster und Türen bis zum I.St.verrammelt.Einige Std. später sind die Schweine auch schon wieder da und versuchen vergeblich Türen und Fenster aufzubrechen,schliesslich wird die Feuerwehr gerufen und Rambo(ein Zivi extra frisch für die OKUPAS)persönlich steigt über die Feuerwehrleiter auf'n Balkon im ersten Stock und kloppt mit ner Riesenaxt die Balkontür ein.Bei der Räumung waren ca. 200 Menschen da ,auch viele solidarische Nachbarn und die Kids aus'm Viertel legen uns das Lied"Ocupacion" von Barrikada auf,stellen Boxen ans Fenster usw.Es gibt nochmal 3 willkürliche Festnahmen und die nächsten 24 Std. werden im Regen vor der "COMISSARIA" verbracht,wo auf die Entlassung der Festgenommenen gewar-

eröffnet. +++Bei einem Anschlag auf einen Militärbus in der saudischen Stadt Dschidda sind am

tet wird. Nach und nach kommen alle raus bis auf einen Franzosen;der wurde erst 24 Std. festgehalten,dann vorn Richter geführt,der ihn laufenlässt.Aber die Pigs nehmen ihn einfach wieder mit und ohne dass sein Anwalt benachrichtigt wird,wird er abgeschoben und an der franz. Grenze den Franz. Bullen übergeben.Niemand weiss bis heute,wo er ist und er konnte auch nix mehr mitnehmen(Schlafsack,Geld,Klamotten etc.) Am 3I.DEz wird auf ner VV beschlossen weiterhin zu besetzen(Die Stimmung ist gut auch wenn klar ist,dass einige die bei mehreren Aktionen einge7 fahren sind nicht mehr mit Geldstrafen davonkommen werden) Es wird aber erstmal vom IO.-I9. Jan. Aktionstage geben mit vielen unterschiedlichen Aktionen:Wandgemälde,Ausstellungen von Fotos,Plakaten etc. zum Thema symbolische Besetzungen,Vokü's,Videos,Veranstaltungen mit Videos zu Besetzungen in Berlin,Mailand,Groningen und Baskenland,Europa 92 und vor allem viele KALEGIRAS (Info-Spass+Musik Umzuge)in die Stadtteile die demnächst von Besetzungen heimgesucht werden.

Falls ihr mehr infos wollt oder etwa dringend benötigtes Geld überhabt oder sonstirgendetwas:

EGUZKI
ASAMBLEA DE OKUPAS
Navarreria 6 Iº
I R U Ñ E A 3IOOI

Tel: 0034-48-22.69.75

AUPA PEÑA



4.2. zwei Amis und ein saudischer Leibwächter verletzt worden. Der Bus wurde beschossen. +++Eben

BESÓS crónica de una lucha anunciada



Chronik eines angekündigten Kampfes

Barcelona, die Hauptstadt von Katalonien, wirtschaftliches und industrielles Zentrum Spaniens, Austragungsort der Olympischen Spiele 92, befindet sich in einer rasanten Ummodellierung. Die Olympischen Spiele dienen als Alibi, um die Stadt in den Club der Subzentren des Vereinigten Europas zu befördern. Es wird also kräftig investiert. Die Sportanlagen sind hierbei der kleinste Posten. Größeres Gewicht haben die Investitionen in die städtische Infrastruktur wie Stadtautobahnen, Telekommunikation (teilweise Verkabelung) und die Schaffung neuer städtischer Zentren wie das Olympiadorf und multifunktionale Gebäudekomplexe, die ganz auf das Credo des Dienstleistungszeitalters ausgerichtet sind. Gleichzeitig wird die Altstadt renoviert, um sie für Yuppies und Ähnliches attraktiver zu machen. Es tut sich also viel in diesem vergangenen Mekka der libertären Revolution.

Nun stellt sich den Machtverwaltern allerdings das Problem, daß Barcelona sich auf seinem Weg zu einer europäischen Hauptstadt mit einer ganzen Reihe von Widrigkeiten auseinanderzusetzen hat, die sich für eine Stadt ihren Ranges gar nicht gut ausmachen. Eine der geringsten besteht darin, daß die Peripherie von Stadtteilen bevölkert ist, neben denen das Märkische Viertel wie ein luxuröser Villenvorort erscheint. Da aber die Armut nun mal komplementär zum Reichtum ist, (zumindest im Goldenen Westen) und es die entsprechenden Mechanismen und Vorrichtungen gibt, damit es so bleibt, muß man sich auch nicht weiter um diese Zustände kümmern, solange sie nicht auffallen. Außerdem gibt es ja noch den Europäischen Sozialfonds, der bei produktionshemmenden Härtefällen gerne weiterhilft.

So oder ähnlich dürfte es sich im Fall von La Mina verhalten haben. La Mina besteht aus einer Reihe von Wohnblöcken, in denen einige Tausend Menschen auf engsten Raum zusammenleben. Die Arbeitslosenrate unter der Bevölkerung beträgt mehr als 40%, die Kriminalitätsrate ist entsprechend, die Mehrzahl der Wohnungen sind mehr oder weniger illegal unter- bzw. weitervermietet, 20% der Bevölkerung gehören zu Zigeunerclans. Das Problem ist, daß dieser Konfliktherd ganz in der Nähe des zukünftigen Olympiadorfs liegt, daß als Luxusstadtteil mit Meeresblick konzipiert ist.

Nachdem die Erwägung, La Mina ganz abzureißen und die Bewohner über ganz Spanien zu verteilen, aufgrund der Proteste der Leute nicht durchgeführt wurde, verfiel man auf den Gedanken, das Viertel "aufzulockern", wofür die EG auch schon müde 5 Millionen Mark locker gemacht hatte. Das heißt: mehrere Häuserblocks sollten abgerissen und die BewohnerInnen in ein Nachbarviertel umgesiedelt werden. Damit hoffte man mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: zum einen könnte man so alle Illegalen registrieren, die natürlich keine Ersatzwohnung zu bekommen hätten, und zum anderen wäre die Rest-Mina um einiges überschaubarer und kontrollierbarer geworden. Da nun aber alle in Frage kommenden Gemeindegelände im Rahmen der städtischen Spekulationsgeschäfte schon verkauft waren (von wegen Olympiadorf, und sein investitionsfördernder Einfluß auf die Umgebung), blieb erstmal nur das Nachbarviertel Besós übrig.

Besós ist eine dieser Arbeiterwohnsiedlungen, die in den 60er Jahren im Schnellbauverfahren aus dem Boden gestampft wurden und sich somit städtebaulich wenig von La Mina unterscheiden; die Straßen sind vielleicht etwas breiter angelegt, die Wohnungen etwas geräumiger und besser isoliert. Die Bevölkerung setzt sich somit eher aus ("kampferprobten") Industriearbeiter/Innen zusammen als aus "Lumpen" wie in La Mina. In diesem Viertel gab es also gemeindeeigenes Baugelände, das sich für den Bau der Sozialwohnungen anbot. Es schien auch

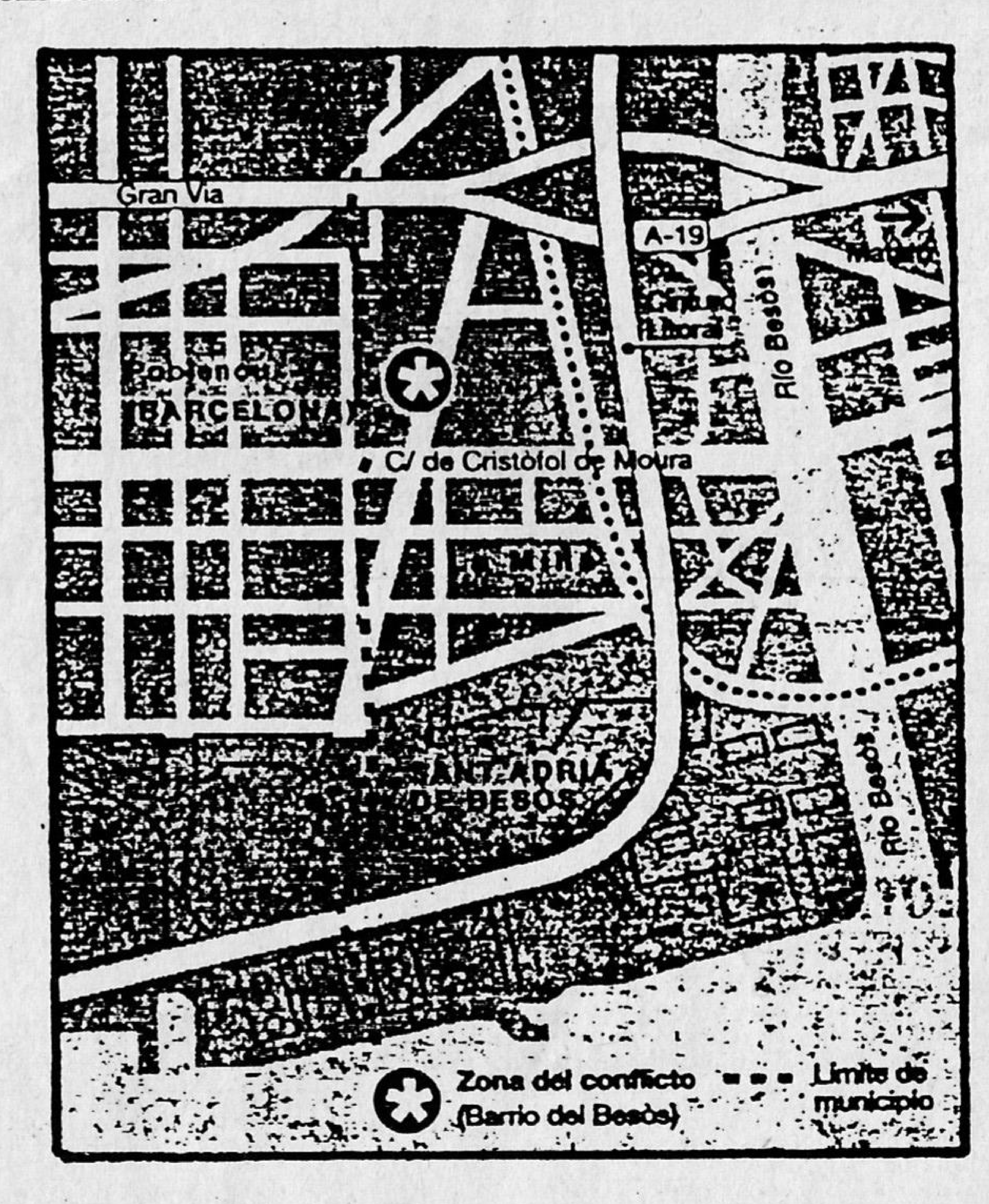


falls wurde am 28.1. ein Gebäude der amerikanischen Universität Beiruts in der Nähe der Stadt



alles glattzugehen. Zwar hatten die Bewohner des Viertel Besós seit Jahren gefordert, daß hier längst überfällige Kommunaleinrichtungen wie eine Schule, ein ärztlicher Dienst, ein Sportzentrum und eine Bibliothek errichtet werden - für die 7000 Bewohner von Besós gibt es nämlich nichts dergleichen, geschweige denn Grünanlagen oder ähnliches - aber dem Magistrat gelang es, die Bürgervertretung mit vagen Versprechungen abzuspeisen: Platz für die Gemeindeeinrichtungen sollte in einigen Untergeschossen der Sozialbauten geschaffen werden.

In der Zwischenzeit war von Leuten aus dem Viertel ein "Anti-Wohnungs-Komitee" gegründet worden, das mit verschiedenen Protestaktionen versuchte, den Bau der Kommunaleinrichtungen durchzusetzen. Davon unbeeindruckt sollte am 25.10.90 mit den Bauarbeiten begonnen werden. Da das Rathaus Widerstand erwartete, wurden für diesen Tag mehrere Einheiten der katalanischen Polizei, der Mossos d'Esguarda, zum Bauplatz beordert. Als sich dann morgens ca. 400 Nachbarn, vornehmlich Frauen, Kinder und Alte, auf der Baustelle versammelt hatten, um den Beginn der Arbeiten zu verhindern, räumten die Bullen den Platz, wobei sie die Menschen brutal zusammenschlugen und einige Leute festnahmen. Das selbst in halböffentlichen Kreisen als unverhältnismäßiger Einsatz bezeichnete Vorgehen der Mossos d' Esguarda ließ das Faß überlaufen. Um sieben Uhr des gleichen Tages, nach Arbeitende, versammelten sich um die 1500 Nachbarn an der

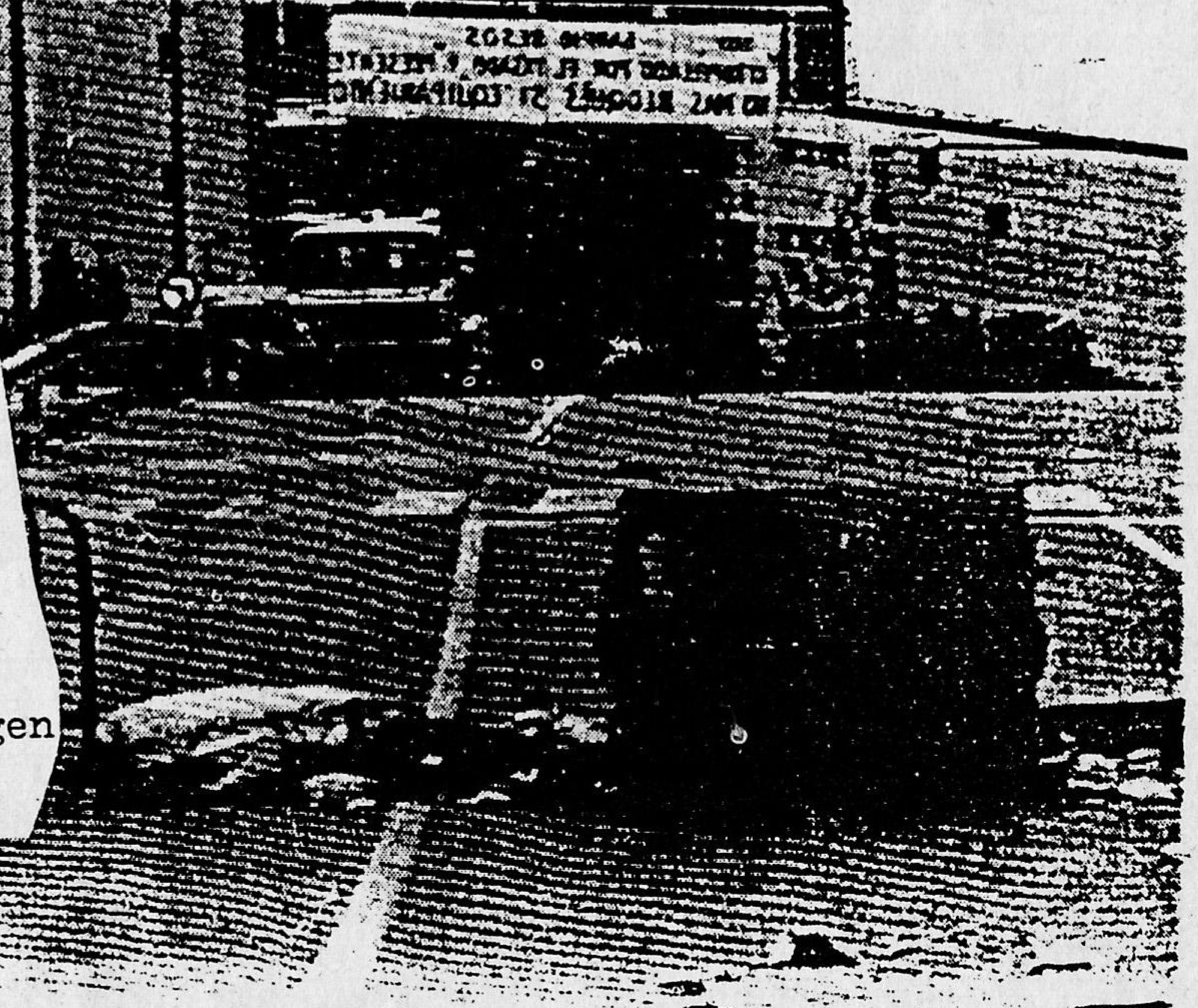


Baustelle, und es kam zu einer der härtesten und langanhaltendsten Auseinandersetzungen während des Postfranquismus. Die Leute bauten Barrikaden, hinter denen sie sich mit Steinen, Zwillen und Molotow Cocktails gegen die Polizei wehrten, andere besetzten die nahegelegene Autobahn; die katalanischen Bullen, verstärkt durch Einheiten der Nationalbullen, sahen sich erstmals in die Ecke gedrängt. Das ganze Viertel war in Aufruhr. Die Auseinandersetzungen dauerten bis zwölf Uhr nachts, zweimal unterbrachen die Bullen die Stromversorgung im ganzen Stadtteil, und am Ende wurden mehr als 50 Verletzte registriert.

Am nächsten Morgen zogen die Leute Töpfe schlagend durch die Straßen, um gegen den Polizeieinsatz des Vortages zu protestieren. Und wider kam es zu Straßenschlachten, die mit Unterbrechungen bis um 4 Uhr morgens anhielten. Die Bullen verfolgten die Leute bis in die Hauseingänge, zerstörten mit Gummigeschossen Türen und Fenster der Wohnungen, ein Nachbar verlor durch die Kugeln ein Auge. Von den Dächern flogen Blumentöpfe, Kühlschränke, ätzende Laugen und ähnliches auf die Uniformierten. Vier Leute wurden verhaftet.

Am Sonntag zogen die Leute erneut mit Eisenstangen, Stöcken, Töpfen und Trillerpfeifen lautstark durch den Stadtteil und forderten den Abzug der Polizei und sofortigen Baustop. Erneut kam es zu Auseinandersetzungen. Die Bullen waren in die Häuser eingedrungen und hielten die Hausdächer besetzt. Von hier aus versuchten sie, die Leute mit riesigen Scheinwerfern zu blenden und das Geschehen auf der Straße zu kontrollieren.

Am Sonntag kam es zu den ersten Verhandlungen mit Vertretern der Gemeinde und der Landesregierung. Diese, wie auch die Presse, waren natürlich sehr erpicht darauf, mit Nachbarschaftsvertretern zu sprechen bzw. zu verhandeln. Zu ihrem Unbehagen mußten sie aber



baalbek beschossen. Einen Tag davor explodierte ebenfalls an der Uni ein Sprengsatz.+++"Mörder

feststellen, daß die Neuen nichts anderes machten, als die Vorbedingungen für Verhandlungen wiederzugeben, die die Versammlung der Nachbarn gestellt hatten: "Abzug der Besatzungstruppen, 'das Viertel hat sie nicht gerufen', sofortiger Baustop." Noch unbehaglicher war für sie, daß die neuen Repräsentanten nicht einmal mit ihnen diskutierten. Sie beschränkten sich darauf zuzuhören, was die Vertreter der Macht zu sagen hatten, um es dann bei der Versammlung der Nachbarn zu wiederholen.

In den vier Tage.. andauernden Straßenkämpfen haben die Nachbarn spontan eigene Organisationsformen entwickelt, die sie während des ganzen Konflikts beibehalten und weiter ausgebaut haben: Die offene Versammlung aller Nachbarn wurde zum einzigsten Entscheidungsorgan. Jeden



Abend versammelten sich an die 2000 Leute, um über die Ereignisse des Tages zu diskutieren, über Flugblätter und Resolutiónen abzustimmen und um die nächsten Aktionen zu planen. Die früheren Bürgervertreter sahen sich zum Rücktritt gezwungen und mußten das Viertel verlassen. Gleichzeitig organisierten sich die Leute nach Treppenhäusern. Jugend-, Frauen- und andere Komitees wurden gebildet. Man kümmerte sich um die Verhafteten und Verletzten.

Angesichts der Hartnäckigkeit der Leute blieb den Politikern nichts anderes übrig, als eine

vorübergehende Einstellung der Bauarbeiten zu verfügen. Die Bullen hielten anfangs weiter die Dächer besetzt, später nur noch den Bauplatz. Also verhinderten die Leute, daß die Barrikaden im Viertel beseitigt wurden.

Die nächsten Tage und Wochen waren auf der Seite der Nachbarn von täglichen Versammlungen und anschließenden Demos bestimmt. An Tagen, an denen es zu "Verhandlungen" mit der Stadt kam, zogen in der Regel 1000 bis 2000 Leute mit zum Verhandlungsort, um lärmend auf sich aufmerksam zu machen.

Auf der anderen Seite befanden sich Politiker und Gemeindevertreter und wußten sich nicht zu helfen. Hinzu kam, daß die Leute aus Besós geschickt die Widersprüche zwischen dem von den Sozialisten bestimmten Rathaus und der nationalistischen Landesregierung auszunutzen wußten; schließlich gibt es ja nächstes Jahr Kommunalwahlen. So schoben sich die "Verantwortlichen" das heiße Eisen gegenseitig zu.

Man versuchte, die Leute mit Geld zu bestechen, versprach auf einmal mehr Kommunaleinrichtungen als ursprünglich gefordert wurden (bezeichnenderweise ein Jugendhaus für die unruhigen Jugendlichen), wenn die Nachbarn nur die Sozialwohnungen akzeptierten.

Gleichzeitig versuchte man die beiden Viertel gegeneinander auszuspielen, indem die Leute aus Besós als Rassisten bezeichnet wurden, die etwas gegen die Zigeuner aus La Mina hätten. Wozu zu sagen wäre, daß die Leute aus Besos und La Mina den Kindergarten und die Kleinmarkthalle miteinander teilen, das heißt, die einzigsten öffentlichen Einrichtungen, die es gibt. (Und besonders die Jugendlichen von beiden Vierteln kämpften gemeinsam bei den Auseinandersetzungen in Besós.) Zudem hat eine von den Nachbarn organisierte Zählung ergeben, daß in Besós genug Wohnungen leerstehen, in die die Leute aus La Mina einziehen könnten.

Kurz und gut, alle Versprechungen, Verdrehungen und Drohungen blieben fruchtlos. Die Leute wichen nicht von ihrer Haltung ab und drohten damit, ihren Widerstand wieder aufzunehmen, falls weitergebaut werden sollte. So blieb den Gemeinde- und Landesvertretern nichts anderes übrig, als einen Baustop bis nach den Wahlen im Mai nächsten Jahres zu verkünden.

Für die Nachbarn bedeutete diese Entscheidung ein klarer Sieg, den sie mit einem riesigen

Fest auf der Baustelle feierten. Dem Fest ging eine Demo zum Rathaus voraus, in der sie die Herren wissen ließen, daß sie das politische Manöver durchschauten, das dieser Entscheidung zugrunde gelegen hat. Gleichzeitig kündigten sie an, daß sie bei den Wahlen mit einer eigenen Liste antreten werden.

Sowohl die Härte der Auseinandersetzungen als auch die Unnachgiebigkeit der Nachbarn schlugen wie ein Blitz aus heiterem Himmel in das Bild des Konsens, das um das Olympia-Projekt errichtet worden ist. Zum ersten Mal seit Beginn der großangelegten "Postindustrialisierung" der Stadt hat sich eine relativ kleine, aber geschlossene Gruppe von Leuten quergelegt.

Bezeichnenderweise war der Schauplatz ein Viertel in der Peripherie, das sich den Reißbrettzeichnern aus dem Zentrum widersetzte. Diese wiederum mußten feststellen, daß ihr Stadtmodell der Ausdehnung von als Produktions-, Konsum- und Wohninsel entworfenen Subzentren doch begrenzter ist, als sie dachten. Begrenzt von einer Peripherie, die umso deutlicher wird, je mehr das Zentrum versucht sich in ihr auszubreiten.

Die Grenzen wurden gesteckt von Leuten, die in ihrem Kampf gegen eine weitere Verschlechterung ihrer Lebensumstände nicht nur so etwas wie "eigene" Solidarität entwickelt haben, die der vielbeschworenen Solidargemeinschaft diametral entgegengesetzt ist, sondern erneut auch klar gemacht haben, daß der Konsens aufhört einer zu sein, wenn die Leute den Dialog mit der Macht unterbrechen und eine eigene Sprache entwickeln.



(zur Umstrukturierung der Stadt Barcelons ist auch ein Artikel in der Broschüre "EG '92" -Texte zum 9. Bundeskongreß der Flüchtlinge und EmigrantInnen, Sept. 89- zu finden. Die Broschüre ist in den Infoläden und im Archiv für Zeitgeschichte im Zentrum Ffm zu bekommen/ für 5,- zu bestellen.)

Ständige Termine Ständige Termine Ständige Termine

jeden Tag

12.00 Fr. - Sa. Frühstück in der Volxküche "Edith Piaf" im Exil, Niederbarnimstr. 23

13.00 - 17.00 außer Sa. + So.: **Pressebüro der BesetzerInnen** im Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, Raum 201

14.00 - 18.00 außer Sa. + So.; Mo. ladies only: **Nachladen,** Bücher, Infos, Kopien. Cuvrystr. 21

14.00 - 19.00 Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84

14.00 - 19.00 Infoladen, Kreutziger Str. 18

14.00 - 20.00 außer Mo. + Di.: **AnwohnerInnencafé**, Scharnweber Str. 38

15.00 - 21.00 Di. - Fr.: **Infoladen "Bandito Rosso"**, Lottumstr. 10a

15.00 - 4.00 Schwule Wut, Schwules Überfalltelefon (West) **216 33 36**

15.00 - 20.00 außer Do.: **Infocafé Lichtschranke**, Nostizstr. 49

16.00 außer Mo.: **El Locco. Linke Medien - Linke Kultur.** Film, Video Ausstellung, Hörspiel, Tonbildschau, Info, Zeitschriften, Theater. Kreuzbergstr. 43

18.00 BesetzerInnen Café Pilatus, Kreutziger Str. 21

18.00 - 22.00 Volxküche "Edith Piaf" im Exil, Niederbarnimstr. 23

donnerstags

15.00 - 18.00 A-Laden, Moabit, Rathenowerstr. 22

16.00 - 24.00 alle 14 Tage (14 .2. usw.) **Café und Programm** für Lesben, Heteras und andere Frauen. Im El Locco, Kreuzbergstr. 43

18.00 - 22.00 Café im Krümelladen, Weserstr. 155 - 156

18.00 - 22.00 Café und Bibliothek der Umweltbibliothek, Schliemannstr. 22

19.00 Frauen- und Lesben-VV im X-B-Liebig, Liebigstr. 34

ab ca. **21.00 Frauen- und Lesbenkneipe** im X-B-Liebig, Liebigstr. 34,

freitags

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53

18.00 - 19.00 A-Laden, Moabit, Rathenowerstr. 22

18.00 - 22.00 Bibliothek der Umweltbibliothek, Schliemannstr. 22

18.00 Café im Krümelladen, Weserstr. 155 - 156

20.00 Volxküche und Kneipe im X-B-Liebig, Liebigstr. 34

21.00 Kirche von Unten (KVU), Elisabethkirchstr. 21

samstags

10.00 Frühstück im X-B-Liebig, Liebigstr. 34

16.00 Frauencafé im Kiez mit Kinderbetreuung im Stadtteilladen Lunte, Weisestr. 53

16.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon (West) **692 15 99**

16.00 - 19.00 Antifa-Info-Telefon (Ost) **229 29 12** Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse,...

18.00 Café im Krümelladen, Weserstr. 155 - 156

20.00 BesetzerInnenkneipe X-B-Liebig, Liebigstr. 34

sonntags

10.00 Frühstück im X-B-Liebig, Liebigstr. 34

11.00 Frühstück im Drugstore, Potsdamer Str. 180

11.00 alle 2 Wochen: **Anarchistische Vernetzung Berlin.** Treffen im El Locco, Kreuzbergstr. 43

12.00 Frühstück in der Kirche von unten (KVU), Elisabethkirchstr. 21

13.00 Kultur-Frühstück im Infocafé Subversiv, Brunnenstr. 7

13.00 jeden ersten Sonntag im Monat: **Treffen für neuköllner Frauen/Lesben** gegen Anmache, Angriffe, Vergewaltigung,... In der Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

14.00 Neuköllner Kiezküche im Syndikat, Weisestr. 56

15.00 Café im X-B-Liebig, Liebigstr. 34

16.00 Kiez Kino im Krümelladen, (Filme bitte unter (West) 687 65 90 erfragen.) Weserstr. 155 - 156

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46

19.00 Volxküche im Infocafé Subversiv, Brunnenstr. 7

19.00 Kirche von Unten (KVU), Elisabethkirchstr. 21

20.00 BesetzerInnenkneipe X-B-Liebig, Liebigstr. 34

20.00 Filme im EX, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

montags

Redaktionsschluß für diese Zeitung!!! Wenn ihr Glück habt schauen wir auch am Dienstag noch einmal in den Briefkasten. aber bitte verlaßt euch nicht darauf.

Lesbentag im Café Anna, Muskauer Str. 15

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53

15.00 - 20.00 A-Laden, Moabit, Rathenowerstr. 22

16.00 Infocafé Vamos, Marchstraße

18.00 - 20.00 Wirtschaftsarchiv im Papiertiger, Cuvrystr. 25

18.00 - 20.00 Antifajugendcafé im Infoladen Lunte, Weisestr. 53

18.30 Volxküche im Infocafé Lichtschranke, Nostizstr. 49

20.00 - 22.00 Infotelefon bei faschistischen, rassistischen oder sexistischen Überfällen auf Frauen/Lesben und Mädchen (West) **65 20 74**

dienstags

15.00 - 18.00 Café im Krümelladen, Weserstr. 155 - 156

15.00 - 20.00 A-Laden, Moabit, Rathenowerstr. 22

18.00 VoKü in der Köpenicker Str. 137

18.00 - 20.00 Antifa-Info-Telefon (Ost) **229 29 12.** Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse,...

18.00 - 22.00 Café und Bibliothek der Umweltbibliothek, Schliemannstr. 22

20.00 Kirche von Unten (KVU), Elisabethkirchstr. 21

20.05 alle 14 Tage **RoZ, Radio ohne Zensur**, auf 103,4 MHz

20.00 - 22.00 Ermittlungsausschuß (EA) Tel.: (West) **692 22 22** im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Jeden 1. Di im Monat **Graswurzelrevolutionsgruppe** im A-Laden, Rathenower Str. 22

Jeden 2. Dienstag im Monat Treffen der **FAU (Freie ArbeiterInnen Union)** im A-Laden, Rathenower Str. 22

mittwochs

14.00 Antifa-Info-Laden im Daneben, Rigaer Str. 84

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte, Weisestr. 53

18.00 Antifa-Jugend-Café im Drugstore, Potsdamer Str. 180

19.00 jeden ersten Mi. im Monat: **Frauen/Lesbenabend** im EX, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

16.00 - 19.00 MieterInnencafé im Infoladen Lunte, Weisestr. 53

17.00 - 20.00 Frauentag im A-Laden Rathenower Str. 22

18.00 - 22.00 Café und Bibliothek der Umweltbibliothek, Schliemannstr.22

19.00 Frauenvolxküche in der Niederbarnimstr. 25

20.00 Kirche von Unten (KVU), Elisabethkirchstr. 21

An alle Projekte, die ihr Programm längerfristig planen: Schickt uns euer Programm trotzdem jede Woche neu (bis Mo.) zu. Wir peilen es im Moment nicht soviel Ordnung zuhalten, daß nicht wieder die Hälfte der Programme, die auch noch nächste Woche gelten, im Müll landen. Sorry T.

Ständige Termine Info's:

10.00 Treffpunkt für Aktionswillige und Interessierte, Architekturfakultät der TU, Ernst-Reuter Platz, 1/19

13.00 Bewegungslosigkeit der Stadt, Blockadeaktionen

16.00 Trommeln gegen den Krieg am Leopoldplatz

17.00 offenes Plenum, Rote Kapelle, Leopoldplatz

17.00 Mahnwache am Alexanderplatz

Rund um die Uhr **Mahnwache** am Breitscheidplatz

GIFTGRÜNE WOCHE 91

Geballter Stoff

Ausstellung und Veranstaltungsreihe zum Thema Textilien 25.1. - 10.2. 91 im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14 1 Berlin 30
Öffnungszeiten: Mo-Sa. 14-19.30 h
So. 11- 19 h Kinderbetreuung 14-17 h
Veranstalter: Ökodorf e.V. Tel. : 261 2487

PROGRAMM

Do.7.2. 20.00
Karin Ellwanger, Ingrid Heimann (HDK) :
Geschlechterkultur - die Kleidung neuer Mittelschichten - Zwischenergebnisse zum Bekleidungsverhalten junger Leute;

Fr. 8.2. 20.00 h
Dr. Wolfgang Schiller (Bundesanstalt für Materialprüfung), VertreterInnen vom Ökodorf: Topmodisch untergehen ? Abschlußdiskussion über Grenzen und Möglichkeiten eines "ökologischen" Verbraucherverhaltens;

Sa. 9.2. ab 20.00 h
Lumpenfashion - Klamottensession
Eine fetzige Fete für Alle;

So. 10.2. 20.00 h
Film: Tausend und eine Hand
Lebenssituation einer Teppichweber- und Färberfamilie in Marokko.

Omega Sparr Kino

Sparrstraße 21, U-Bhf Leopoldplatz o. Wedding

Fr. 8.2.91: Die Kinder aus Nummer 67, Spielfilm Die Geschichte einer Gruppe von Kindern im Weddinger Arbeitermilieu in den Jahren 32 und 33. Nazi-Terror und Anpassung werden aus Kinderperspektive geschildert.

Fr. 22.2.91: Die Mitläufer, Dokumentarfilm mit Spielfilmszenen. Thema ist die Verschiedenartigkeit, mit der die Menschen zu Mitläufern des Faschismus werden konnten. Der Dokumentarteil ist manchmal etwas aufdringlich belehrend, dafür sind die Spielfilmszenen gut ausgewählt.

Fr.8.3.91: : Der große Diktator, Spielfilm von Charlie Chaplin.

jeweils um 20 Uhr, die Reihe wird fortgesetzt.



Do. 7.2. 21.00 "Shatila - auf dem Weg nach Palästina" Vidio 1988, 45 min.
Infoladen DANEBEN Rigaer Str. 84 Berlin Friedrichshain

FR. 8.2. Fete im Geschwulst (OSI Ihnestr.21) ab 20.20
Hälfte der Kohle für Radio 100 und die andere Hälfte fürs Cafe zur Unterstützung von Aktionen gegen den Golfkrieg

Opernball in Wien FÄLLT AUS!!!

SA. 9.2. Bundesweite Hafen-Demo in Hamburg

21.00 "Lügen haben kurze Beine" TAZ lügt - Video, Rigaer Str. 84

MO. 11.2. 19.00 Veranstaltung des Kurdistan-Komittes zur aktuellen Lage in türkisch Kurdistan und den verschiedenen Interessen an dieser Region. Galerie Olga Benario Boddinstr. 61 1/44

19.00 Veranstaltung mit Karam Kella zum Golfkrieg mit Schwerpunkt Palästina Passionskirche Marheinikeplatz 1

DI. 12.2. Krieg am Bildschirm Veranstaltung in der Akademie der Künste
Hanseatenweg 10 1/21
17.00 - 19.00 Diskussion
19.00 - 20.00 Filme
20.00 Diskussion

MI. 13.2. 19.30 Veranstaltung mit Felicitas Langer Jüdische Anwältin berichtet über die aktuelle Situation TU Hauptgebäude Raum H 110

DO. 14.2. 21.00 Palästina-Video "Der Aufstand" (88, 50 min), Rigaer Str 84

9.2. Info Abend zu Streiks und Widerstand in der Türkei mit Gewerkschafter aus Zonguldak (Bergarbeiterstreik), Musik und Videofilm um 17.30 in der Urania-Humboldtsaal an der Urania 17 1/30

13.2 Palästina aktuell Ein politisch aktueller Reisebericht über Palästina Dias, Vortrag und Diskussion um 17.00 im EL LOCCO Kreuzbergstr. 43 1/61

10.2. 17.00 Rüstungsex port in den Irak Informationsveranstaltung im EL LOCCO Kreuzbergstr.43 1/61

KNASTKUNDGEBUNG

Gegenöffentlichkeit zum Golfkrieg –
auch für die Gefangenen !

Informations-Kundgebungen zum Golfkrieg am

Sonntag, den 10. Februar 91

um 14.00 Uhr vor der Plötze und
um ca. 15.30 Uhr vor Moabit

GEGEN DIE DOPPELTE ZENSUR IN DEN KNÄSTEN !